Erklärung der VVN-BdA zum 70. Jahrestag der Pogromnacht

Der Novemberpogrome zu gedenken verpflichtet, den Kampf gegen die extreme Rechte in diesem Land zu verstärken, erklärte die VVN-BdA zum 70, Jahrestag der Reichspogromnacht. Hier der Wortlaut:

Vor siebzig Jahren, am 9. November 1938, brannten in Deutschland und Österreich Synagogen und jüdische Bethäuser. Friedhöfe wurden geschändet und noch vorhandene jüdische Einrichtungen zerstört. 7500 jüdische Geschäfte wurden überfallen, geplündert und demoliert, annähernd einhundert jüdische Menschen wurden in dieser Nacht ermordet. Anschließend wurden über 20 000 Männer in die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen verschleppt.

In alljährlichen Gedenkveranstaltungen, in Schulen und Gottesdiensten wird in Deutschland an diese Pogromnacht erinnert. Dabei geht es auch um politische Zeichen: Antisemitismus, Rassismus und Neofaschismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben.

Der Jahrestag der Pogrome mahnt uns, weiter unbeirrt für die historische Losung »Nie wieder« einzutreten. Noch gibt es in unserer Organisation Zeitzeugen, die ihre Erinnerungen und Erfahrungen an die systematische Verfolgung und Ermordung jüdischer Menschen an Jüngere weitergeben können. Doch ihre Zahl sinkt mit jedem Jahr. Inzwischen legen auch nachgeborene Antifaschistinnen und Antifaschisten Zeugnis ab von den Verbrechen, die der deutsche Faschismus verübte.

Die durch den Mauerfall am 9. November 1989 eingeleitete Vereinigung Deutschlands hat nicht dazu geführt, dass Menschen anderer Rasse, anderer Religion und Kultur heute gleichberechtigt und unbehelligt in Deutschland leben können. Im Gegenteil: Neofaschistische, rassistische und antisemitische Auffassungen haben Konjunktur, NPD- Kader verbreiten ihre menschenverachtenden Parolen von den Tribünen zweier Landtage, und das von vielen Bürgern angemahnte Verbot der NPD wird von der Politik weiter auf die lange Bank geschoben.

Statt jedoch gemeinsam gegen Neofaschismus und Antisemitismus zu handeln, versuchen rechte Politiker wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl eine fraktionsübergreifende Erklärung zu diesem Datum zu torpedieren und gegen die Bundestagsfraktion der LINKEN zu instrumentalisieren. Im Sinne des stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Dr. Graumann, verurteilen auch wir dieses unwürdige politische Manöver. Wir rufen stattdessen alle Demokraten zum gemeinsamen Handeln auf:

Der Novemberpogrome zu gedenken verpflichtet, den Kampf gegen die extreme Rechte in diesem Land zu verstärken. Kein Grund zum Feiern, sondern Anlass zu noch größerem antifaschistischen Engagement!

Ausgezeichnet im Schloss Belevue

Bundesverdienstkreuz an Esther Bejarano überreicht

Am 6. Oktober hat Esther Bejarano, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA und Vorsitzende des Auschwitzkomitees in der BRD, von Bundespräsident Horst Köhler im Berliner Schloss Belevue den Bundesverdienstorden der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Zur Begründung hieß es seitens des Bundespräsidialamtes:

»Esther Bejarano, Hamburg: Viele ihrer Familienangehörigen wurden von den Nationalsozialisten ermordet. Sie überlebte, weil sie im KZ Auschwitz Aufnahme in das Mädchenorchester fand und später im Frauen-KZ Ravensbrück Zwangsarbeit leistete. Nach ihrer Befreiung wanderte sie im August 1945 nach ‘Erez Israel’ (Palästina) aus und kehrte 15 Jahre später in ihre Heimat zurück, wo sie sich seit langem in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes e.V. und in dem von ihr gegründeten ‘Auschwitz-Komitee in der BRD e.V.’ als Vorsitzende engagiert. Es ist ihr ein wichtiges Anliegen, besonders junge Menschen über den Nazi-Terror und den Rechtsextremismus aufzuklären. Wertvolle Aufklärungsarbeit leistet sie als Zeitzeugin auch mit ihren Biographien ‘Man nannte mich Krümel’ und ‘Wir leben trotzdem’.«

Die VVN-BdA begrüßte diese Würdigung einer streitbaren Antifaschistin und erklärte: »Wir freuen uns, dass zusammen mit ihr auch Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma, den Bundesverdienstorden erhält.« Der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Heinrich Fink führte im griechischen Restaurant »Terzo mondo« bei einer Feier für Esther Bejarano aus:

»Esther, du bist gut für Überraschungen! Wer von uns hätte erwartet, dass Dein lebenslanges Wirken und Deine lebenslange Überzeugung, Eure Lieder und Musik als Verdienst an der Bundesrepublik Deutschland geehrt werden würden?

Die Mehrzahl aller Orden und Ehrungen wurden seit den Kreuzzügen für Heldentaten von Männern in Kriegen verliehen. Während Ihr im Mädchenorchester in Auschwitz – in zynischer Freistellung vom Tod – um euer Überleben musizieren musstet, wurden an allen deutschen Fronten ‘Ritterkreuze’ sogar mit Schwertern und Brillianten für besonders tapferes Morden verliehen. Dann hast du noch den Mord-Ort Ravensbrück überlebt.



Esther Bejarano mit Bundespräsident Horst Köhler. Bild: BPA

Als du zufällig – ‘Coincidenc’ – Missim Bejarano begegnet bist, habt ihr von den bitteren Erfahrungen nicht Eure keimende Liebe verschütten lassen. Dem unbeendeten politischem Geschäft mit dem Morden habt Ihr ein zuversichtliches: ‘Wir leben trotzdem’ entgegengesetzt. Und das war kein Zufall. Nun hast Du, auch für Deine Kinder, den Kreuzesorden für entwaffnende Lebenslieder bekommen, für jiddische Lieder, die herren-rassisch ausgetilgt werden sollten.

Wenn eine Demokratie jemanden wegen seines unbeirrten Widerspruchs auszeichnet, könnte das auch ein Alibi sein. Aber als VVN-BdA lassen wir uns seit dem Buchenwaldschwur das Recht auf eigene Interpretation der Ereignisse nicht nehmen:

Also: Der Bund deutscher Länder hat es, erst recht bei seiner heutigen Politik, wahrlich ‘nicht anders verdient’, als dass ausgerechnet Du für Dein antifaschistisches Überlebenswerk geehrt wirst. Wenn auch mit diesem vieldeutigen Kreuz.

Wir danken Dir besonders für jedes Gespräch, das Du mit jungen Menschen führst, damit sie verstehen lernen, dass die Naziverganngenheit kein böser Traum gewesen ist, sondern absichtlich organisierte, mörderische deutsche Siegesstrategie. Wir hoffen für uns, dass Deine Kraft dafür noch viele Jahre anhält.

Wir gratulieren Dir! Nicht mit Pathos, aber voller Hoffnung. Venceremos!«

Solidaritäts-Initiative der VVN-BdA

NS-Kriegsverbrecher statt deren Kritiker anklagen

Der VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander wird vom Kameradenkreis der Gebirgstruppe e.V. juristisch angegriffen, weil er gesagt hat was wahr ist. VVN-Bundesgeschäftsführer Thomas Willms erklärte dazu: »Wir gehen guten Mutes in diese Auseinandersetzung, haben aber diese Bitte: Merkt euch den 2. Dezember vor. An diesem Tag wird der Prozess vor dem Landgericht Nürnberg stattfinden und wir bitten diejenigen unter euch, denen es möglich ist, persönlich vor Ort eure Solidarität auszudrücken.« Gebeten wird auch um schriftliche Äußerungen an die Regierung und das Gericht. Dazu heißt es in einer Information der VVN-BdA:



Ein Foto der VVN-BdA-Website www.nrw.vvn-bda.de geht um die Welt. Viele große Zeitungen brachten das Bild, das zum Symbolbild für den regierungsamtlichen Schutz für die Kriegsverbrecher wurde. Jochen Vogler, Landessprecher der VVN-BdA NRW, hat es 2007 auf dem hohen Brendten geschossen: Kriegsverbrecher Josef Scheungraber noch gut beschützt von Bundeswehr-Gebirgsjägern. Jetzt steht Scheungraber in München vor Gericht.

Der Traditionsverband eben jener Gebirgstruppe, in der dem derzeit in München vor Gericht stehende und in Italien verurteilte Josef Scheungraber tätig ist, ist der der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. In ihm vereinigten sich viele der an den Kriegsverbrechen in vielen Ländern Europas beteiligten Soldaten der Wehrmacht. Er fordert von der VVN-BdA, sie solle ihn nicht in Verbindung mit der NS-Wehrmacht und ihren Kriegsverbrechern und Kriegsverbrechen nennen. Konkret ist der Soldatenverband als »(NS-)Gebirgsjäger« und deren Treffen als »größtes Kriegsverbrechertreffen« bezeichnet worden. Damit war nicht gemeint, dass alle Vereinsmitglieder der NS-Wehrmacht angehörten und Kriegsverbrecher waren.

Über eine Klageschrift des Kameradenkreises, die eine Forderung nach Widerruf enthält, wird am 2. Dezember 2008, 11.00 Uhr im Landgericht Nürnberg-Fürth verhandelt werden. Der Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. will der VVN-BdA verbieten, auf die schwer belastete Vergangenheit des Kameradenkreises aufmerksam zu machen. Andernfalls drohen 250 000 Euro Geldstrafe bzw. 6 Monate Haft (für den Verantwortlichen Ulrich Sander).

Bezeichnend ist, dass der Kameradenkreis nicht zu klagen wagt, wenn in der Verbandszeitschrift des Bundeswehrverbandes von den »Verbrechen von Führung und Truppe derselben Gebirgsjäger« die Rede ist (»Die Bundeswehr« 4/08), wenn in der Süddeutschen Zeitung der e.V. als »Selbsthilfeverein für Kriegsverbrecher« dargestellt wird und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung an die durch die Gebirgstruppe vorgenommene »Räumung des jüdischen Ghettos als Voraussetzung für die Deportation seiner Bewohner in die Vernichtungslager« erinnert wird.

Die Klage ist umso alarmierender als besagter Traditionsverband von höchsten Stellen der deutschen Regierung Unterstützung bekommt. Das deutsche Verteidigungsministerium ruft Jahr für Jahr mit zu den Treffen der Gebirgstruppe auf (übrigens im Gegensatz zum österreichischen Verteidigungsministerium, das den Soldaten die Teilnahme in Mittenwald untersagt). Das Verteidigungsministerium ist mit dem CSU-Staatssekretär Christian Schmidt in der Mitgliedschaft der Gebirgstruppe vertreten.

- Wir bitten Sie bzw. Ihre Gruppe/Organisation, an die Öffentlichkeit zu gehen und auch das Gericht mit der Forderung bekannt zu machen, die Klage des Kameradenkreises Gebirgstruppe e.V. nach Widerruf der Äußerungen des Repräsentanten der VVN-BdA abzuweisen und die Gerichtskosten dem Kameradenkreis zuzuweisen.
- Wir bitten Sie außerdem, die Bundeskanzlerin als höchste Kommandoinstanz über die Bundeswehr aufzufordern, sich endlich vom Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V. zu trennen, da er die verbrecherische Tradition der Gebirgstruppe aus der NS-Zeit weiterführt und die Bundeswehrangehörigen zu Kriegseinsätzen aufruft.
- Bitte unterstützen Sie uns darin, dass über die Verbrechen der Gebirgstruppe ungehindert berichtet werden darf und die Mörder ihrer gerechten Strafe zugeführt werden, statt diejenigen zu bestrafen, die die Verbrechen beim Namen nennen und sich gegen einen neuen deutschen Militarismus zur Wehr setzen.

Für Ihre Solidarität in der Auseinandersetzung um Gerechtigkeit, Frieden und Förderung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern sind wir Ihnen sehr verbunden und wären Ihnen für eine Benachrichtigung an obige Adresse dankbar.

Ergänzend rufen wir noch in Erinnerung, dass italienische Gerichte über 20 Kriegsverbrecher, die in Italien 1943/44 Massaker an der Zivilbevölkerung angerichtet haben, zu Höchststrafen verurteilt haben. Besonders stark beachtet wurde, dass der Kassationshof in Rom zugunsten der Schadensersatzansprüche von NS-Zwangsarbeitern und Überlebenden aus griechischen und italienischen Opfergemeinden ein Urteil gefällt hat. Diese Urteile wurden in aller Welt begrüßt und als wichtiges Signal aufgenommen. Die VVN-BdA veröffentlichte dazu eine Presseerklärung, in der sie die Bestrafung der deutschen NS-Täter und Entschädigung der NS-Opfer aus Griechenland und Italien verlangte. Siehe http://www.vvn-bda.de/bund/aktuelles Die Richter begründen ihre Urteile damit, dass das Immunitätsprinzip nicht bei schweren Verletzungen des Völkerrechts wie Kriegsverbrechen gelten könne und dass diese auch nach über 60 Jahren nicht verjährt seien.

Die Anschriften:
Landgericht Nürnberg-Fürth
Fürtherstraße 110, D-90429 Nürnberg
Kameradenkreis Gebirgstruppe e.V.
./. Ulrich Sander
Aktenzeichen Az. 11 0 5587/08
Verhandlung am 02. Dez. 2008, 11 Uhr

Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel, D-11044 Berlin
internetpost@bundesregierung.de
angela.merkel@bundestag.de

Gegen antisemitische Provokationen

Der »Al-Quds-Tag« in Berlin

Am 27. September fanden in Berlin und weltweit Demonstrationen von schiitischen islamischen Gruppen zum »Al-Quds-Tag« statt. Al-Quds ist der arabische Name für Jerusalem. Diese 1979 von Ajatollah Khomeini ausgerufenen antiisraelischen Demonstrationen kennen, zwar verbrämt mit Friedenslosungen in antiimperialistischer Diktion, nur eine Forderung – die Vertreibung der Juden und Jüdinnen aus Israel.



Provokativ mit dem Khomeini-Bild voran für die Beseitigung Israels.
Bild: VVN-BdA Berlin

Etwa 300 Demonstrantinnen und Demonstranten zogen durch die Berliner Innenstadt und trugen Transparente mit Aufschriften wie »Kein zweiter Holocaust an den Palästinensern« oder »Zionisten raus aus Jerusalem«. Natürlich durften auch Parolen wie »Kindermörder Israel« nicht fehlen.

In diesem Jahr hatte die Abgeordnete der Linken, Evrim Helim Baba, sie ist VVN-Mitglied, aufgerufen, sich trotz unterschiedlicher Meinung zu den Konflikten im Nahen Osten an einer Gegenkundgebung zu beteiligen. Die Jüdische Gemeinde, die Berliner VVN-BdA, zahlreiche Organisationen und Vertreter aller Parteien wandten sich gegen die Delegitimierung des Staates Israels, gegen die Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime und gegen jeden Versuch, den Holocaust zu leugnen oder zu relativieren.

VVN-BdA für das Existenzrecht Israels

Die Berliner VVN-BdA erinnerte daran, dass vor 60 Jahren die VVN mit der Jüdischen Gemeinde in einer ersten großen Veranstaltung die Gründung des Staates Israel begrüßt hatte. Bei allen Spannungen, Kriegen und Verbrechen im unruhigen Nahen Osten ist und bleibt für uns das Existenzrecht Israels unverzichtbar.

Deshalb wenden wir uns gegen jeden, der dieses Recht in Frage stellt. Gleichzeitig sind wir mit der israelischen Friedensbewegung solidarisch. Sie tritt seit Jahrzehnten mutig, oftmals von vielen Seiten angefeindet, für einen Abbau der Spannungen, ein friedliches Miteinander aller Bürger Israels und eine Zweistaatenlösung ein. Wir wenden uns gegen jede Instrumentalisierung dieses Konfliktes. Kassam-Raketen und Selbstmordattentate auf die Bürger Israels machen jede Verständigung unmöglich, sie sind keine Instrumente politischer Kritik, sondern Mordinstrumente.

Wir demonstrieren mit Muslimen gegen Nazis, die den Bau von Moscheen oder Hindu-Tempeln verhindern wollen. Wir dulden aber nicht, wenn Jüdinnen und Juden angegriffen, wenn offen Antisemitismus propagiert und praktiziert werden. Hier darf es kein Verständnis, keine Ausreden und keine Toleranz geben. Öffentlich propagierter Judenhass und antisemitische Vernichtungsfantasien haben auf den Straßen Berlin nichts zu suchen.

Wir erinnerten an die Pogrome vor 70 Jahren, als die Synagogen in Deutschland brannten, jüdische Geschäfte und Wohnungen überfallen, demoliert und geplündert wurden. Jüdinnen und Juden wurden von fanatischen Nazis gedemütigt und geschlagen ermordet und zu Tausenden in Konzentrationslager verschleppt. Und wir erinnern an die Worte des Auschwitzüberlebenden Primo Levi: »Es ist geschehen, und folglich kann es wieder geschehen: Darin liegt der Kern dessen, was wir zu sagen haben.« **Arthur Nähring**

Gesprächskreis bei der Berliner VVN-BdA

Deutsche Antifaschisten im sowjetischen Exil

Oswald Schneidratus, dessen Großvater in der Sowjetunion 1936 erschossen wurde und dessen Vater lange Jahre im Gulag an der Kolyma verbringen musste, hatte im Vorstand der Berliner VVN-BdA die Frage aufgeworfen, warum das Schicksal der in sowjetischer Emigration verfolgten, deportierten und ermordeten deutschen Antifaschisten in der VVN-BdA kaum thematisiert wird.

Eine berechtigte Frage, denn der Organisation der Verfolgten des Naziregimes gehörten und gehören noch immer Mitglieder an, die im sowjetischen Exil lebten, Repressionen erlitten, deren Angehörige verfolgt und ermordet wurden. Es entstand die Idee, einen Gesprächskreis zu bilden.

Am 13. Oktober trafen wir uns zum ersten Mal und diskutierten, wie wir uns diesem sehr komplexen Thema nähern können. Die vierzehn Beteiligten haben durch ihre Forschungen und zum Teil durch eigene und familiäre Erfahrungen Beziehung zu dem Thema. Es liegen bereits zahlreiche Veröffentlichungen von Biografien, Büchern und Studien sowie durch eigene Arbeit (Ulla Plener, Wladislaw Hedeler, Andreas Herbst) Geschaffenes vor. Ulla Plener stellt für eine Handbibliothek, die in der Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA einzusehen ist, eigene Veröffentlichungen zur Verfügung. Es wird eine Literaturübersicht (als Auswahl) folgen. Aus den zahlreichen Vorschlägen einigten wir uns auf eine erste Veranstaltung im Februar/März 2009 mit Frido Seydewitz, Überlebender des Gulags in der Kolyma, und auf eine Buchlesung zu Mirko Beer, der als Arzt in den Internationalen Brigaden in Spanien tätig war und im Jahre 1942 vom NKWD erschossen wurde.

Wer an der Mitarbeit in dem offenen Gesprächskreis interessiert ist, kann sich an die Geschäftsstelle der Berliner VVN-BdA (Tel. 29784178) wenden. Wir treffen uns erneut am 8. Dezember um 19 Uhr, um uns über das weitere Herangehen zu verständigen. **Hans Coppi**

Handelnde Antifaschisten – nicht nur Opfer!

»Köpenicker Blutwoche«: Kritische Anmerkungen zu neuer Ausstellung

Anfang Oktober besuchte der Berliner Landesvorstand die neu gestaltete Gedenkstätte für die »Köpenicker Blutwoche« im Gefängnistrakt des ehemaligen Amtsgerichtes in der Puchanstrasse 12. Die Köpenicker SA hatte Ende Juni 1933 zahlreiche Mitglieder von KPD und SPD, Juden, Gewerkschafter und Parteilose verhaftet, gequält und ermordet.

Viele starben in jener Woche an ihren Verletzungen infolge Folter oder behielten bleibende gesundheitliche und psychische Schäden. Dokumentiert sind bisher 24 Todesopfer. Manche wurden in Säcken verschnürt in umliegende Gewässer und in den Schmöckwitzer Wald geworfen.

Im gesamten Stadtteil erinnern Straßennamen, Gedenksteine sowie Gedenktafeln an die Ermordeten. Die Jugendfreizeiteinrichtung der Falken in Neukölln-Britz trägt den Namen von Anton Schmaus. Er hatte in der Nacht vom 21. zum 22. Juni 1933 auf in das Haus eindringende SA-Leute geschossen, als er sah, wie sie seine Mutter misshandelten. Drei SA-Leute wurden tödlich getroffen. Im Polizeipräsidium wurde Anton Schmaus angeschossen und erlag im Januar 1934 seinen Verletzungen. Sein Vater Johannes, Reichstagsabgeordneter der SPD, Gewerkschaftssekretär und Reichsbannermitglied, war bereits am 22. Juni erschossen worden.

Schon 1980 eine Ausstellung geschaffen

Der Ehrenvorsitzende der Köpenicker VVN-BdA, Erwin Schulz, hatte 1980 im Keller des ehemaligen Gefängnisses mit Studenten der Fachschule Werbung und Gestaltung einen ersten Gedenkraum eingerichtet. Die Ausstellung wurde 1987 erweitert und in den neunziger Jahren überarbeitet. Während die am 21. Juni 2008 eröffnete Ausstellung die Verfolger und Mörder mit Bildern und Biographien ausführlich dokumentiert, fehlen biographische Angaben zu den Ermordeten und Gequälten. Dies soll, versicherte Frau Zibler vom Heimatmuseum, nach weiteren Forschungen ergänzt werden. Gearbeitet werde auch an Themenmappen für Lehrer wie auch an einer Darstellung der Prozesse gegen 57 SA-Angehörige vor dem Berliner Landgericht im Jahre 1950.

Ein großes Fragezeichen setzten wir hinter den brutalen Rechtsbruch relativierenden Untertitel der Ausstellung »Abschied vom Rechtsstaat«. Erwin Schulz, der nach 1933 Widerstand leistete, vermisst in der Ausstellung die Brutalität der SA. Auch sollten vorhandene Tonbandaufnahmen von Zeugen genutzt werden.

Über den »Täter-« und »Opfer«-Begriff

Wir diskutierten über die häufig verwandten Begriffe »Täter« und »Opfer«. Wie kann man genauer bezeichnen, wer Verbrechen begangen hat und gegen wen sie gerichtet waren? Die Opfer waren Antifaschisten und Handelnde, und sie wurden deshalb Verfolgte des Naziregimes.

Wir stellten fest: In einem der angrenzenden Räume könnte eine Geschichtswerkstatt für Jugendliche entstehen, die das Schicksal der Verfolgten, aber auch ihrer Frauen und Familien dokumentiert und den Bezug zu aktuellen Tendenzen von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus herstellt. Vielleicht gelingt durch die Einbeziehung von Schulen und Jugendeinrichtungen eine größere öffentliche Resonanz dieser nur donnerstags von 10 bis 18 Uhr geöffneten Ausstellung.

Leider wurde nur das Material, aber nicht die Kompetenz der Köpenicker VVN-BdA bei der Neugestaltung des in Berlin einmaligen authentischen Ortes genutzt. Führungen sollen nur noch durch Beauftragte des Heimatmuseums (Tel. 030/90297-5630) erfolgen. Die Einbeziehung von Zeitzeugen und ihrer Organisationen in die Arbeit der Gedenkstätte halten wir für unverzichtbar.

Es gibt also viele gute Gründe, auch weiterhin die Arbeit der Gedenkstätte solidarisch und kritisch zu begleiten. **Hans Coppi**

Antifaschistische Kultur und Politik

Gedenk- und Aktionstag am 14. September



Kultur am Tag der Mahnung 2008. Von rechts nach links: Karsten Troyke, Bettina Wegner, Suzanna. Bild: Kappa Photo

Am Vormittag sprach Romani Rose am künftigen Mahnmal für die ermordeten Sinti und Roma. Nachmittags folgte im Marx-Engels-Forum ein vielfältiges Programm des Gedenk- und Aktionstages am 14. September.

Zahlreiche Berliner und Besucher der Stadt nutzten die Gelegenheit zu Gesprächen an den Infoständen der hundert Gruppen und Initiativen über ihr Engagement gegen Rassismus und Neofaschismus. Es entstanden neue Kontakte. Dr. Monika Nehr und Peter A. Wobbe schrieben am 15.9. per mail:

Wir möchten uns bei Ihnen für den gelungenen Tag der Mahnung bedanken und überweisen 50 Euro als Spende. Beeindruckend und entspannend war besonders der Fahrradkorso mit Polizeieskorte zu den verschiedenen Stätten der Verfolgung und des Widerstandes, die wir als Berliner bisher noch nicht kannten. Das Engagement der jungen Leute, die das organisiert haben, verdient großes Lob. Bitte richten Sie es ihnen aus! Der Nachmittag vor dem Roten Rathaus war ebenfalls interessant und unterhaltsam. Die Podiumsdiskussion präsentierte auf gutem Niveau unterschiedliche Ansichten zum Kampf gegen Neofaschismus, und auch die anschließende Musikgruppe mit Bettina Wegener hat uns sehr gefallen. Und der Nachmittag hat nicht mehr ausgereicht, um vieles mehr von den Angeboten wahrzunehmen. Man hätte diesem Tag der Mahnung noch viel mehr BesucherInnen gewünscht, vor allem noch mehr jüngere Leute. Wir haben diesen Tag als Ermutigung erfahren – trotz allem und alledem... Alles Gute und weiterhin Erfolg für Ihre bedeutende Arbeit!

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Tel.: (030) 29784178
Fax: (030) 29784378
Internet: http://berlin.vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

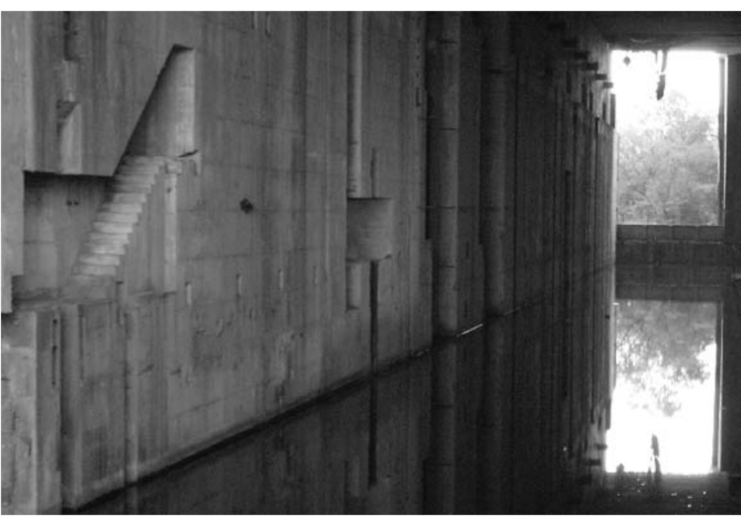
Wir bitten um Spenden für die Berliner VVN-BdA
Postbank Berlin
Konto-Nr: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Wie gelingt die Gestaltung zum Denk-Ort?

50. bundesweites Gedenkstättenseminar in Bremen

Wie ein brutaler Paukenschlag steht am Ufer der Weser ein bedrohlicher, gigantomanischer Bunker, aus dessen Öffnung riesige U-Boote ausgespieen werden sollten – alle 56 Stunden eins. Entsprechend dem Größenwahn der verblendeten Nazis wollten sie noch 1943 das Ruder herum reißen und den Krieg u.a. mit Hilfe von im Bunker gebauten U-Booten gewinnen. Dieser Bunker »Valentin« in Bremen stand im Mittelpunkt des Interesses des 50. bundesweiten Gedenkstättenseminars.

Es wurde von der Berliner Stiftung Topografie des Terrors und der Bundeszentrale für politische Bildung zusammen mit der Bremer Landeszentrale für politische Bildung und der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten (Celle) veranstaltet. Die Veranstaltung schloss an das Gedenkstättenseminar in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau Dora im Frühjahr 2008 an. In unterirdischen Produktionsanlagen mussten auch dort KZ-Häftlinge unter unmenschlichen Bedingungen unter anderem die V2-Rakete montieren. »Am Bunker Valentin lassen sich wie an keinem anderen Großprojekt der Nazis alle vom Regime eingesetzten Methoden des Einsatzes von Zwangsarbeit studieren«, hieß es in der Einladungsschrift.



Wo 12 000 Sklaven schufteten und 2000 von ihnen starben: Bunker »Valentin« in Bremen-Farge. Bild: Hartung

Einmalig war das Vorhaben der Nazis in vielerlei Hinsicht: Von Juli 1943 bis April 1945 mussten insgesamt 12 000 Menschen unter schwersten Bedingungen in Sklavenarbeit und unter Hochdruck diesen mit einem Blick nicht erfassbaren Zement-Riesenbau aus dem Boden stampfen: KZ-Häftlinge, sowjetische Kriegsgefangene, zivile Zwangsarbeiter, italienische Militärinternierte und Insassen eines »Arbeitserziehungslagers« der Bremer Gestapo. Ein weiteres der insgesamt 200 AEL existierte in den Hermann-Göring-Werken Salzgitter. Etwa 2000 Menschen starben bei dieser Zwangsarbeit, 1200 Opfer sind namentlich bekannt.

Auf dem umfangreichen Filmmaterial (102 Min.) sieht man Zementsäcke und Eisenträger Schleppende, barfüßig. Das gesamte Gelände umfasst etwa 10 km² – unterirdische Tank- und Vorratslager, ein Öllager für die Marine, Zwangsarbeiterlager, Wohnbaracken für Nazis, das Arbeitserziehungslager und die verbunkerte Werft selbst, von den Nazis mit dem Tarnnamen »Bunker Valentin« bezeichnet. Einige Tausend Häftlinge waren in einem noch leeren Treibstoffbunker mit einem Durchmesser von 50 Metern untergebracht, in den sie über eine Holzleiter einsteigen mussten. Eine riesige Abdeckung war der einzige Schutz vor Regen, Schnee und Kälte. Die Bewachung der Häftlinge erfolgte zum größten Teil durch Marinesoldaten, Anfang 1945 waren nur noch elf SS-Schergen anwesend. Die barbarische Behandlung der Häftlinge (zwölf Stunden Sklavenarbeit, lange Wege zu Baracken- und Treibstoffbunker-Unterbringung, kein Arbeitsschutz) kombiniert mit modernen Produktionsabläufen (Fließbandarbeit mit 13 Taktstationen war geplant) charakterisierte die Situation in Bremen/Farge.

Die neuere Forschung befasst sich mit dem Anteil der »Organisation Todt« bei der Rekrutierung von Zwangsarbeitern, der Wifo-Gesellschaft (zu IG Farben gehörig), welche die Treibstoffversorgung sichern sollte, und mit der Beteiligung der Marine an den Naziverbrechen.

Eine Besichtigung des Bunkers ist nicht ohne weiteres möglich, denn er wird noch – bis 2010 – von der Bundesmarine als Materialdepot genutzt. Danach soll er nach dem Willen des Bundes verkauft werden (er kostet jährlich 700 000 Euro Unterhalt).

Dagegen stehen die Bemühungen der Historiker, der recherchierenden Menschen vor Ort, der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gedenkstättentagung. Sie sind sich einig darin, dass diese Nazi-Hinterlassenschaft unbedingt Denk-Ort werden muss. Der Leiter der Gedenkstätte Neuengamme, Dr. Detlef Garbe, hat, ausgehend von seinen reichhaltigen Erfahrungen, die zehn wichtigsten, jetzt notwendigen Schritte zusammengestellt, die Voraussetzung sind für die langfristige Gestaltung des Ortes zu einem Erinnerungsort an die 12 000 Menschen, die hier versklavt wurden. Seine Überlegungen umfassen einen Gestaltungswettbewerb, die Einstellung von Personal bis zur Aktivierung von Fördermitteln eine ganze Palette notwendiger Voraussetzungen.

Mit Skepsis darf die Aussage betrachtet werden, die Gedenkstättenarbeit sei nun aus ihrem Randdasein in der Mitte der Gesellschaft angekommen, nachdem sich der Staat voll engagiere. Die Realisierung des Denk-Ortes Bremen/ Farge wird es beweisen oder widerlegen.

Mechthild Hartung

3. Mitmachtag in Peine

Gräber von Zwangsarbeitern gepflegt

Schon zum dritten Mal fand am 20. September in Peine ein »Mitmachtag« statt. Daran beteiligte sich auch das Peiner »Bündnis für Zivilcourage und Toleranz«, maßgeblich getragen von der VVN-BdA und den Gewerkschaften, mit der Aktion »Gedenken pflegen«.

»Wir möchten die Gedenkstätten der Opfer des Faschismus (ehemalige Synagoge, Gräber von Zwangsarbeitern auf dem Gunzelinfriedhof, Ehrenmal im Herzberg, Grabfelder der Zwangsarbeiter auf dem katholischen Friedhof) pflegen«, kündigte das Bündnis an. So trafen sich etwa zehn Jugendliche und Erwachsene, »bewaffnet« mit Hacke, Harke und Rechen, um die besagten Orte von Unkraut und Laub zu befreien. Dazu wurden Informationen gegeben, die besonders für die jungen Menschen von Interesse waren.

Am Nachmittag trafen sich alle, die an diesem »Mitmach-Tag« im Einsatz waren, zu einem gemütlichen Beisammensein.

Peter Baumeister

Artikel für die *antifa*-Niedersachsen-Seiten bitte bis zum 8. des Monats in geraden Monaten an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA
Landesvereinigung Niedersachsen
Rolandstraße 16, 30161 Hannover,
Tel.: (0511) 33 11 36
Fax: (0511) 33 60 221
E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Das Büro ist i. d. R. Montag bis Freitag von 10.00 bis 16.00 Uhr besetzt.

Die Landesvereinigung freut sich über Spenden für ihre Arbeit auf das Konto 7510-307 bei der Postbank Hannover, BLZ 250 100 30.

Göttingen gedenkt der Opfer

Nazis einst und jetzt

Zum zwölften Mal findet diese Veranstaltungsreihe in Göttingen statt. Seit 1997 hat sich ein Bündnis zusammengefunden, das gemeinsame Veranstaltungen durchführt, ein Faltblatt listet sie auf. Geplant wird die Veranstaltungsreihe vom 9. November 2008 bis 30. Januar 2009.

Zu diesem Bündnis gehören der DGB, die Freie Altenarbeit e.V., die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, die KZ-Gedenkstätte Moringen, die Geschichtswerkstatt Göttingen e.V., die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, die Jüdische Gemeinde Göttingen, Jüdisches Lehrhaus, OLAFA (Offene Linke-Alle für Alles) und die VVN-BdA. Zeitweise haben auch die Zeugen Jehovas Göttingen mitgearbeitet.

Im Zeitraum von November bis Januar werden über 20 Veranstaltungen stattfinden. Hauptveranstaltung ist am 27. Januar ein Zeitzeugengespräch mit Bert Woudstra, einem jüdischen Niederländer aus Enschede, der die Besetzung nur überlebte, weil Antifaschisten ihn versteckten.

Ein weiterer Höhepunkt ist die Kranzniederlegung an der ehemaligen Jüdischen Synagoge, die von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit gemeinsam mit einem Göttinger Gymnasium gestaltet wird. Die VVN-BdA wird eine Veranstaltung gemeinsam mit der DGB-Jugend zu Andreas Speits neuestem Buch: »Nazis in Nadelstreifen« durchführen und eine weitere gemeinsam mit Amnesty International über die Professorenmorde von Lwow/Lemberg.

Die Veranstaltungsreihe wird vom Fachdienst Kultur der Stadt unterstützt. **Dü.**

Landeskonferenz der VVN-BdA im November

Die LDK findet am 15. und 16. November statt. Nähere Informationen sind zu erhalten über das Landesbüro (Impressum).

Naziwallfahrtsort Bad Nenndorf?

Aufmarsch gegen die »Besatzung Deutschlands«

Am 2. August führten rund 400 Neu-Faschisten unter dem Schutz von 1000 Polizisten einen Aufmarsch in Bad Nenndorf durch, um die nach dem zweiten Weltkrieg von den Briten im Winklerbad inhaftierten Nazis, Kriegsverbrecher und Völkermörder zu betrauern, die dort in einigen Fällen von ihren Bewachern geschlagen worden sind.

Schon bei der Mobilisierung waren die Nazis »kreativ«. So haben sie ein Plakat und einen Aufkleber entworfen, auf dem im Hintergrund abgemagerte Menschen zu sehen sind. Bei den auf den Naziaufklebern und Plakaten abgebildeten ausgehungerten Leuten handelt es sich jedoch nicht um in Bad Nenndorf inhaftierte Nazikriegsverbrecher, sondern um Menschen, die Auschwitz überlebt hatten und nach der Befreiung des KZs photographiert wurden.

Ihre Bilder wurden vermutlich aus Büchern über Auschwitz entwendet. Im Vordergrund sieht man zwei Arme, die an Handfesseln hängen. Darüber steht geschrieben: »Gefangen – Gefoltert – Gemordet! Damals wie heute – Besatzer raus! Trauermarsch Bad Nenndorf.« Dass die im »War Crime Head Quarter« in Bad Nenndorf inhaftierten Schwerstverbrecher von ihren Bewachern anfangs nicht gut behandelt wurden, hatten die Briten selbst erkannt und die Haftbedingungen verbessert. Eine Maßnahme, die den Verantwortlichen der Nazi-Konzentrationslager nie in den Sinn gekommen wäre!

Opfer von Auschwitz als Briten-Opfer ausgegeben

Der vermutlich ranghöchste Nazikriegsverbrecher, der im Winklerbad inhaftiert war, ist der in Duisburg geborene Oswald Pohl. Er war der hauptsächlich Verantwortliche für die Vernichtung durch Arbeit in den Konzentrationslagern.

Wohl auch aus Sorge um das Ansehen und die Einnahmen des malerisch am Deister gelegenen Kurortes und Staatsbades hatte ein bürgerliches Bündnis am 1. August um 17 Uhr eine Kundgebung gegen den Naziaufmarsch durchgeführt. Am Winklerbad wurde wie auch schon im Vorjahr ein schon von weitem sichtbares Transparent mit der Aufschrift: »Gedenken? Geht denken!« angebracht.

Tags darauf um 10 Uhr begann dann die Demonstration gegen die Faschisten. Sie führte vom Bahnhof zum Gedenkstein für die aus Bad Nenndorf deportierten jüdischen Mitbürger. Danach wollte die Demo wieder zurück zum Bahnhof, wo sich mittags die Nazis versammelten. Unterwegs wurden die Demonstranten von der Polizei gestoppt, weil sie die Auflagen plötzlich geändert hatte. Aus dem Lautsprecherwagen teilte die Demoleitung die Begründung mit: Die Polizei könne wegen der zahlreich angereisten und gewaltbereiten Neonazis nicht für die Sicherheit der friedlichen Gegendemonstranten garantieren. Also ging es wieder zurück zum Gedenkstein, der sich auch in der Nähe des Winklerbades befindet. Während der Demo wurden einige Reden gehalten, die den Nazis lautstark zeigten, was wir von ihnen halten.

Nach dem Verbot des Heß-Aufmarsches in Wunsiedel droht das verschlafene Bad Nenndorf der neue Wallfahrtsort der Nazi-Bande zu werden. **A. B.**

Zeitzeugen aus der Zeit nach 1945

Jahrestreffen in der Gedenkstätte KZ-Moringen

Das diesjährige Treffen in der Gedenkstätte Moringen fand vom 3. bis 5. Oktober unter Beteiligung ehemaliger Häftlinge des Jugend-KZ Moringen statt. Von den noch überlebenden Kameradinnen aus dem Frauen-KZ Moringen konnte leider keine mehr die Strapazen einer Reise auf sich nehmen.

Es war in der Vergangenheit schwierig, überhaupt in Moringen eine Gedenkstätte einzurichten. In diesem Jahr fand das Gedenktreffen in den Räumen des Landeskrankenhauses Moringen, also in dem ehemaligen KZ, statt. Die Leitung des Landeskrankenhauses stellt sich der Aufarbeitung seiner Vergangenheit und ist bereit, die Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte zu intensivieren.

Das ist insofern erfreulich, da die bisherigen Räume der Gedenkstätte nicht ausreichen, um eine kontinuierliche Arbeit mit Schulklassen zu gewährleisten. Ebenfalls braucht die Gedenkstätte mehr Platz, um eine ständige Ausstellung zu gestalten. Bei der zeitgleich stattfindenden Jahreshauptversammlung des Vereins Gedenkstätte KZ-Moringen wurden Robert Vogt und Peter Dürrbeck wieder in den Beirat gewählt.

Es ist ebenfalls schon Tradition, dass jemand von der VVN-BdA bei der Kranzniederlegung an den Gräbern der umgekommenen Jugendlichen aus dem Jugend-KZ spricht. Viele Jahre hat die verstorbene Gertrud Müller aus Stuttgart diese Aufgabe wahrgenommen. In den letzten Jahren haben Justine Wazansky-Krack, Nürnberg, oder Peter Dürrbeck, Göttingen, dort für unsere Vereinigung gesprochen. In diesem Jahr wurde bei der Totenehrung der Skandal benannt, dass VVN-BdA-Bundessprecher Ulrich Sander vor Gericht gestellt werden soll, weil er die Verbrechen der NS-Gebirgsjäger anprangerte und forderte, dass deren von der Bundeswehr unterstützte Treffen nicht mehr stattfinden. Für den Gedenkstättenverein KZ-Moringen gibt es umso mehr Grund, sich damit auseinander zu setzen, da viele Jugendliche aus Slowenien kamen, einem Gebiet, in dem die Gebirgsjäger wüteten. **ped.**

Thor Steinar: Hamburg sagt »Tschüss«

Nach vier Wochen Protest schließt Nazi-Bekleidungs-Filiale

Am 25. Oktober, gerade vier Wochen nach der Eröffnung, schließt »Brevik«. Vorangegangen waren tagtägliche Kundgebungen und Proteste gegen den Verkauf von Nazimode inmitten der Hamburger City. Was dort unauffällig wie ein neues Knäckebrot oder die Wortschöpfung eines skandinavischen Möbelhauses daher kommt, ist die bislang bundesweit sechste Filiale der bei Neonazis und Rassisten aller Couleur begehrten Bekleidungsmarke »Thor Steinar«.



Die Polizei verweigert seit der Eröffnung »links«-aussehenden Menschen den Zugang zur Einkaufspassage.
Bild: VVN HH

Gegen das Geschäft mit den Naziklamotten protestieren seit seiner Eröffnung am letzten Donnerstag im September mal hundert- und manchmal auch nur ein dutzend Antifaschistinnen und Antifaschisten. Der kontinuierliche Protest von »Anbeginn an« war eine richtige Entscheidung, schreibt das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« in seinem Aufruf: »Ein Gewöhnungseffekt darf sich erst gar nicht breit machen.« Von ähnlichen Auseinandersetzungen in Berlin, Magdeburg, Leipzig und Dresden wisse man, dass Kündigungsklagen zwar aussichtsreich sind, sich aber durch den Instanzenweg lange hinziehen. »Schließlich wolle man nicht einfach warten, wie sich inmitten der Hamburger Innenstadt ein Anlaufpunkt für Neonazis etabliert«, meint Wolfram Siede für das Hamburger Bündnis.

Doch nicht nur engagierte Antifas, sondern auch die anliegenden Geschäftsleute waren genervt vom ungebetenen Nachbarn in der gemeinsamen Ladenpassage – darunter eine Boutique mit Fanartikeln des FC St. Pauli im Sortiment und ein Geschäft für Schmuck aus Israel. Die Bruchlinien im Marketingkonzept der Passage, ein durch die Bankenkrise im Ansehen beschädigter Vermieter, eine den Protesten freundlich gesonnene Presse und schließlich die täglichen Kundgebungen mit der einhergehenden Polizeipräsenz führten zu einer Konstellation, die den politische Druck erzeugte und zur unverhofft schnellen Schließung der Naziboutique führte.

Bervik ist mies, aber nicht »brege«

Aber erst einmal ließ sich die Hausverwaltung der HSH-Nordbank AG vom Geschäftsführer des Thor-Steinar-Vertriebes ordentlich hinters Licht führen. Gleich für fünf Jahre vermietete die bankeigene Hausverwaltung den gut platzierten Laden. Seitdem verkaufte das Ladengeschäft in der HSH-Passage pikanterweise Klamotten, die zu tragen in der von der HSH-Nordbank gesponserten Volkspark-Arena laut Stadionordnung verboten sind. Zu Recht sah sich der Vermieter »arglistig getäuscht« und wollte seinen Mieter »ohne Ablösezahlung« kündigen, so der HSH- Pressesprecher Christian Buchholz in einer Pressemitteilung.

Doch auf der Leitungsebene der »Landesbank für Hamburg und Schleswig-Holstein« entschied man anders: Anstelle eines langwierigen Kündigungsverfahrens und einer womöglichen, politischen Auseinandersetzung ging die Passagenverwaltung den Weg der Vertragsauflösung im »gegenseitigen Einverständnis«. Nach Informationen der Hamburger Morgenpost floss dabei eine Ablösesumme von 800 000 Euro in die Tasche des gewieften Geschäftsmannes. Uwe Meusel weiß aus der eigenen Ablehnung Kapital zu schlagen und offenbart die Finesse und das Geschäftsgebaren eines Jürgen Rieger. Bereits im Streit um die Kündigungsklage seiner Thor-Steinar-Filliale in Magdeburg erklärte sich Meusel bereit, für eine halbe Million Euro aus dem »Hundertwasser-Haus«, in das er sich eingemietet hat, zu verschwinden, um an der nächsten Straßenecke mit dem Gewinn an Geld und Promotion eine neue Filiale aufzumachen. Während man in Magdeburg bei so viel Geld auf eine Räumungsklage setzt, zahlte die Ham-

(Fortsetzung auf Seite 8)

Redaktion: W. Siede
Nächster Redaktionsschluss ist Samstag, der 15. Dezember.
Zuschriften bitte an die Landesgeschäftsstelle VVN-BdA Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyer-Str. 41, 20359 Hamburg,
Tel.: (040) 314254
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Naziklamotten – Hintergründe zu Thor Steinar

In gerade einmal sechs Jahren haben sich die hochpreisigen Jacken, Pullover und Shirts der Marke Thor Steinar zu einem beliebten Wiedererkennungszeichen deutscher Neonazis gemausert.

Allein der Name spricht Bände – verbindet er die Assoziation auf den SS-General Felix Steiner mit Bezügen zu nordischer Mythologie und völkischer NS-Symbolik. Zudem weiß der Brandenburger Verfassungsschutz, dass der Geschäftsführer aller sechs Thor Steinar Filialen, Uwe Meusel, »Rechtsextremisten in seiner Firma beschäftigt«. Und das Geschäft mit dem rechten Lebensstil läuft gut: Thor Steinar beschert seiner Vertriebsfirma Protex einen Jahresumsatz von mehreren Millionen Euro.

Weitere Informationen und Flugblätter unter: www.stop-thorsteinar.de.vu oder über die Verlinkung des Hamburger Bündnis gegen Rechts unter: www.keine-stimme-den-nazis.org

Thor Steinar: Hamburg sagt »Tschüss«

(Fortsetzung von Seite 7)

burger Landesbank und tauschte gleich noch ihren Pressesprecher aus. Dessen Nachfolgerin, Gesine Dähn, schaltete gegenüber dem »Neuen Deutschland« den kategorischen Imperativ ihres Vorgängers deutlich zurück: »Wir erstatten keine Abfindung und keine Prämie. Wir erstatten lediglich die entstandenen Kosten.« Wie hoch diese ausfallen, darüber dürfe sie aber nicht sagen, das gebiete die vereinbarte Vertraulichkeit.

Kampagne »Ladenschluss«

In Magdeburg, wo im Sommer 2007 ein Laden startete, kam es gleich am Eröffnungstag zu einer fristlosen Kündigung, die in erster Instanz Bestand hat. Das Magdeburger Landgericht vertrat die Auffassung; dass die Marke »Thor Steinar« eine Art »geistige Umweltverschmutzung« darstelle. Es billigte der Inhaberin einer anderen Boutique auch Mietminderung zu. Begründung: Die Nachbarschaft des »Thor-Steinar«-Geschäftes strahle »geistige Emissionsbeeinträchtigungen« aus. Ihre Miete müsse um zehn Prozent gesenkt werden – ähnlich wie bei Gestank. Das Verfahren geht derzeit durch den gerichtlichen Instanzenweg.

In der gleichen Woche, in der der Rausschmiss der Hamburger Filiale erfolgte, bestätigte das Berliner Landgericht eine Kündigungsklage gegen die Thor-Steinar-Filiale in der Rosa-Luxemburg-Straße 18 in Berlin-Mitte. Der zuständige Richter folgte in weiten Teilen den Argumenten des Klageführers: Die Protex GmbH, die den Laden angemietete, hätte den Vermieter über den Verkauf der Marke »Thor Steinar« in dem Laden informieren müssen.

Im Oktober wird zudem auch letztinstanzlich über die Räumungsklage gegen die Magdeburger Filiale entschieden und die Chancen stehen gut, dass die Gerichte »Nazimode« nicht als »Outdoor-Bekleidung« durchgehen lassen.

In Hamburg gab es bereits mehrere Versuche, Naziläden zu etablieren. Der aktuellste ist wenige Tage alt und kommt aus dem berüchtigten »Celtic Tattoo«-Laden in Bergedorf. Seit der Bekanntgabe der Kündigung der Thor Steinar-Filiale, verkauft der Tätowierladen in der Lohbrügger Landstraße 9 die bei Nazis beliebten Marken »Thor Steinar«, »Pro Violence« und »Walhalla Germany«.

Sein Vorgänger schimpfte sich im Sommer 2007 »Unbreakable Streetware« an der Bürgerweide in Borgfelde. Die Kündigung erreichte den Betreiber, nachdem Neonazis den Geburtstag von Adolf Hitler mit Hakenkreuztorte feierten - 2006 musste derselbe Ladenbesitzer sein Geschäft »Odin und Freya« in St. Pauli nach lang anhaltenden Protesten und einer Sammelbeschwerde der Anwohnerinnen räumen. Auch der Naziladen »Nordic Thunder« am Lokstedter Steindamm sowie der Bekleidungsladen »Stavanger« in der Alsenstraße gaben bereits vor Jahren auf.

Anders als die genannten Läden wollte sich Meusel allerdings nicht in Seitenstraßen und Vororten verstecken, sondern seine Marken in Hamburgs bester Verkaufslage präsentieren. Jugendliche Antifas, die mit einer hohen Ausdauer den Protest initiierten, haben zusammen mit organisierten Kampagnenstrukturen dafür gesorgt, dass es dem Markenführer in Sachen Naziklamotten nicht anders ergeht als seinen schmuddeligen Vor- und Nachläufern. Weiter so!

Wolfram Siede

Unselige Tradition der Gebirgsjäger nicht weiter verharmlosen!

Kriegsverbrecher bestrafen – Opfer entschädigen

Für den 16. Oktober hatte die VVN-BdA Hamburg zu einer Veranstaltung mit diesem Thema in die Werkstatt 3 eingeladen. Ulli Sander war aus Dortmund angereist, um über Hintergründe der Auseinandersetzung der VVN-BdA mit dem Kameradenkreis der Gebirgstruppe zu informieren.

Berichtet wurde über den Stand des Verfahrens, das dieser gegen Sander in Gang gesetzt hat. Erfreulich: Unsere Einladung wurde über viele verschiedene Verteiler weiter verbreitet. Aktivisten, die langfristig und intensiv zu den Kriegsverbrechen der Wehrmacht in Italien und Griechenland, der Straflosigkeit der Täter und der Weigerung der Bundesrepublik Deutschland, die Opfer zu entschädigen, arbeiten, kamen und beteiligten sich an der Diskussion.

Weniger erfreulich: Der Besuch war insgesamt enttäuschend. In Zeiten, in denen deutsche Truppen wieder in alle Welt geschickt werden und »Rechtssicherheit« für Soldaten gefordert wird, die Zivilisten erschießen, weil die sich in einem weit entfernten Land nicht von der Bundeswehr kontrollieren lassen wollen, wäre der Frage nach der Tradition, auf die sich die Bundeswehr bezieht, mehr Interesse zu wünschen. Und uns ein wenig mehr Kraft in der Auseinandersetzung um genau dieses Thema am Beispiel des Gebirgsjägerkameradenkreises. **CK**

Für Mitglieder und Freund/innen: Termine der VVN-BdA Hamburg

Donnerstag, 27. November
»Neonazis in Nadelstreifen«
In den letzten Jahren konnte die NPD nicht nur Wahlerfolge in Ost und West verbuchen. Gemeinsam mit den außerhalb der Parlamente agierenden „Freien Kameradschaften" ist es ihr gelungen, vielerorts eine rechte Alltagskultur zu etablieren. Der Grund ist ein politischer Strategiewechsel, mit dem sie sich zugleich ein neues Image zu geben versucht: Sie greift soziale Ängste und regionale Probleme auf. Doch auch im Gewand des Biedermannes werden die alten völkischen Botschaften verbreitet. Hinter der vermeintlichen Bürgernähe steht eine straff geführte Organisation, und die Zahl neofaschistischer Gewalttaten nimmt weiter zu. Das Buch „Neonazis in Nadelstreifen" gibt einen Überblick und deckt Hintergründe auf.
Herausgeber sind das bewährte Team Andrea Röpke und Andreas Speit. Andreas Speit und Autor Christian Dornbusch stellen ihre Erkenntnisse vor und stehen zur Diskussion bereit. Veranstalter: GWA St. Pauli, Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg, VVN-Bund der Antifaschisten Hamburg.
19.30 Uhr, Kölibri, Eintritt 3 Euro.

Sonntag, 14. Dezember
»Kaffeeklatsch« zum Jahresende
mit Kaffee, Tee, Kuchen, einem Gläschen Sekt und guter Laune.
Alle Mitglieder und Freund/innen sind herzlich eingeladen. Um Voranmeldung bis 5. Dezember im Büro (Tel.: 31 42 54) wird gebeten. Wir freuen uns auf Euch!
ab 15 Uhr,
VVN-Büro, Hein-Hoyer-Str. 41

Bitte vormerken: Filmdoku »Der Fall Liebknecht – Luxemburg«
Im Januar zeigt die VVN-BdA Hamburg in ihrer antifaschistischen Filmreihe in Kooperation mit dem Kino Metropolis die »Semidokumentation« aus dem Jahr 1960. Der Zweiteiler dauert komplett etwa 3 Stunden. Anschließend Diskussion.
Genauer Termin und Uhrzeit finden sich in der nächsten Ausgabe der antifa, spätestens ab Mitte Dezember auch im VVN-Büro, bzw. auf der homepage http://www.hamburg.vvn-bda.de/

Erinnerungsarbeit im öffentlichen Raum

Stolperstein-Aktion im südhessischen Rüsselsheim

Mit einer eindrucksvollen und politisch breiten Auftaktveranstaltung begann nunmehr auch in der südhessischen Arbeiterstadt Rüsselsheim die Verlegung von Stolpersteinen, mit denen an Opfer und Verfolgte des Naziregimes und an Widerständler gegen Faschismus und Krieg erinnert wird.

Vorbereitet wurde die Aktion in langer Vorarbeit von einer Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen auch Aktivisten der örtlichen Initiative gegen Rechtsextremismus, die von Aktiven aus dem DGB, evangelischer Kirche, katholischer Arbeiterbewegung und VVN-BdA getragen wird.

An der Auftaktveranstaltung beteiligte sich eine Reihe von Repräsentanten und Vertretern des gesellschaftlichen und politischen Lebens der Stadt Rüsselsheim, darunter die Vorsitzende des Stadtparlaments, der Oberbürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, des DGB und zahlreicher Verbände und Organisationen; vor allem aber auch Schülerinnen und Schüler aus zwei Rüsselsheimer Schulen.

Pfarrer Volkhard Guth betonte als Sprecher der Stolperstein-Initiative, dass die Gedenksteine vor Ort und mit Namensnennung ganz konkret an die Opfer des Faschismus und an jene Menschen erinnern sollen, die unter Lebensgefahr auf vielfältige Weise Widerstand geleistet haben. Sie sollen gewürdigt werden; ihre Namen sollen fortleben. Ihr Opfer, vor allem aber ihr Einsatz und ihr Beispiel sollen Anlass geben, sich aktiv für Demokratie, Menschlichkeit, Frieden und Freiheit einzusetzen.

Oberbürgermeister Stefan Gieltowski würdigte die Arbeit der Initiative, die von der Stadt unterstützt werde, und gab der Erwartung Ausdruck, dass diese Arbeit Teil der politischen Kultur in der Stadt bleibe.

An sieben Stellen der Stadt wurden insgesamt zwölf Stolpersteine verlegt. An jeder Station hielten Angehörige oder Unterstützer eine Patenrede. Der jüdische Liedermacher Dany Bober und Martin Strickler sangen Lieder aus dem Widerstand und der Arbeiterbewegung oder trugen Texte vor. An zwei Stationen traten Schülerinnen und Schüler aus zwei Rüsselsheimer Schulen mit entsprechenden Beiträgen auf.



16 000 Stolpersteine wurden bundesweit verlegt. Auch der ehemalige CDU-Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (links, in Rüsselsheim) ist einer der Paten für einen der Stolpersteine. Bild: P.C. Walter

Erinnerung an einen Opel-Betriebsrat

Zu den Rednern gehörten neben Nachfahren der Verfolgten, wie den Söhnen von Otto Zinkeisen und Jakob Schmitt, auch der aus Rüsselsheim stammende ehemalige Bundesminister Norbert Blüm (siehe Bild), der ebenso die Patenschaft für einen Stolperstein übernommen hatte, und Opel-Betriebsrat Armin Herber, der die Patenrede für den langjährigen Opel-Betriebsratsvorsitzenden Fritz Zängerle vor dessen früherem Wohnhaus hielt.

Zängerle war als Gewerkschafter und Kommunist verfolgt worden. Er leistete dennoch aktiven Widerstand und gehörte nach 1945 zu denen, die aktiv und engagiert am Aufbau der neuen demokratischen Gesellschaft mitwirkten. »Ihnen haben wir es zu verdanken, dass Deutschland nach Krieg und Faschismus nicht ganz ohne Würde und Selbstachtung antreten konnte«, betonte Betriebsrat Armin Herber. Der Stolperstein soll an den Einsatz und das Vorbild dieser Menschen erinnern. Erinnerung allein genüge jedoch nicht. »Wir, die Nachgeborenen, stehen in der Verantwortung, dass sich Faschismus und Völkermord nicht wiederholen. Dafür müssen wir Sorge tragen«, erklärte Herber.

Die Stolperstein-Aktion soll fortgesetzt werden. In den nächsten Jahren sollen in Rüsselsheim noch etwa 40 bis 50 Stolpersteine verlegt werden. Darüber hinaus sollen eine interaktive Datenbank und eine entsprechende Internet-Einrichtung vom Leben und Schicksal der Opfer und Widerständler berichten und zugleich zu einem Ort der Kommunikation werden. Ebenso sind Projekte für Schulen vorgesehen. Das Ganze will und soll der »Erinnerungsarbeit im öffentlichen Raum« dienen, an der sich Bürgerinnen und Bürger, Gruppen und Schulen beteiligen. Der gelungene Auftakt verspricht ein gutes Gelingen dieses lokalen Projekts. **P. C. Walther**

Ein Haus gegen Rechts

AWO Wiesbaden würdigt Konrad Arndt

Die Altenwohnanlage der Wiesbadener Arbeiterwohlfahrt (AWO) in der Meißener Straße hat einen einen neuen symbolträchtigen Namen: »Konrad Arndt Haus«. Der feierlichen Enthüllung der neuen Namenstafel ging die Würdigung der engagierten politischen Arbeit Konrad Arndts voraus.

Der Wiesbadener Historiker Axel Ullrich zeichnete das Bild eines »sozialen, politischen Lebens im Widerstand« bis hin zu dem mysteriösen »Unfall« im November 1940. Alle Anzeichen sprachen dafür, dass der populäre Sozialdemokrat Konrad Arndt von Nazis ermordet wurde. Er gehörte zu den profiliertesten Nazigegnern in Hessen. Bereits kurz nach Machtantritt der Nazis wurde er bereits Opfer eines Mordanschlages – SA-Schläger drangen in seine Wohnung ein, verletzten ihn mit drei Messerstichen schwer. Er überlebt, doch nun folgen schwere Jahre für Arndt und seine Familie. Er wird aus seiner Gewerkschaftsfunktion gejagt, da er die Anpassung an die NS-Arbeitsfront verweigert. Es folgen KZ Esterwegen und danach KZ Sachsenhausen. Die Familie gerät in äußerste Not. Seine Frau



Konrad Arndt

Betty erinnert sich: »Nachdem unsere Ersparnisse aufgebraucht waren, standen wir völlig mittellos da, und zwei Buben von damals sieben und neun Jahren mussten über die Runden gebracht werden.«

Die »zwei Buben« – das waren Günter Arndt, später Mitglied im DGB-Vorstand und Träger der Jo-

(Fortsetzung auf Seite 10)

Kassel erinnert an Pogrome

Warnung vor Nazis und Antisemiten

Auch anlässlich des 70. Jahrestages der antisemitischen Ausschreitungen vom November 1938 finden in Kassel verschiedene Gedenkveranstaltungen statt. Da die Judenpogrome speziell in Kassel ihren Anfang nahmen, finden die Veranstaltungen bereits am 7. November statt.

Nachmittags legen die Stadt, die jüdische Gemeinde und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit auf dem alten jüdischen Friedhof in Kassel-Bettenhausen einen Kranz nieder. Am späten Nachmittag findet getragen von der VVN-BdA und verschiedenen politischen bzw. gewerkschaftlichen Organisationen, ein Gedenkgang durch die Kasseler Innenstadt, beginnend beim Rathaus und endend am Platz der ehemaligen Synagoge, statt. Dort wird unter dem Motto »Im Gedenken der Opfer der Pogromnacht: In dieser Stadt ist kein Platz für Neofaschismus und Antisemitismus!« an verschiedenen Stationen auf historische Zusammenhänge und aktuelle Perspektiven aufmerksam gemacht.

Zeitgleich führen einzelne Gruppen an Orten des antisemitischen Terrors Mahnwachen durch. Den gemeinsamen Abschluss bildet eine kulturelle Veranstaltung in Räumen des evangelischen Forums, bei der mit Lesungen aus Zeitzeugenberichten und Musik der historischen Ereignisse gedacht werden wird. **U. Schneider**

Ein Haus gegen Rechts

(Fortsetzung von Seite 9)

hanna Kirchner-Medaille, und Rudi Arndt, der legendäre Frankfurter Oberbürgermeister (»Dynamit-Rudi«). Mit der Namensgebung Konrad Arndt Haus demonstriert die AWO Wiesbaden nachdrücklich, dass es »zu den Aufgaben der AWO gehört, dem Faschismus entgegen zu wirken«, wie Kreisgeschäftsführerin Hannelore Richter erklärte. Und AWO Kreisvorsitzender Stasche ruft auf »den Mut und Kampfeswillen Konrad Arndts nicht in Vergessenheit geraten zu lassen«. **P. A.**

Ein Bild zum 9. November 1938



Die von Max Beckmann gemalte »Synagoge von Frankfurt« wurde in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938, vor 70 Jahren, von den Nazis in Brand gesteckt und zerstört. Mehr als 3000 Frankfurter Juden wurden von der Sammelstelle Festhalle aus in die KZ Dachau und Buchenwald deportiert. Daran erinnert eine Gedenktafel an der Frankfurter Festhalle: »In der Festhalle wurden in der Nacht vom 8. zum 9. November 1938 hunderte von Frankfurter Juden zusammengetrieben und schwer misshandelt. Von hier gingen die ersten Massentransporte in Konzentrationslager.«

Die Frankfurter Kreisvereinigung der VVN-BdA hat in einem Schreiben an das Kulturamt darauf hingewiesen, dass sowohl das angegebene Datum (8./9. November) als auch die genannte Anzahl verschleppter Juden nicht richtig sind. In einer positiven Antwort des Instituts für Stadtgeschichte heißt es dazu: »Die betreffenden Fehler bzw. Ungenauigkeiten, die das Datum und die Anzahl der deportierten Menschen betreffen, sind uns bekannt und sollten so bald wie möglich zugunsten einer korrekten Information beseitigt werden.«

Da die gesamte Tafel neu gestaltet und gegossen werden muss, wird dieses Projekt erst im nächsten Jahr von der Gedenktafel-Kommission behandelt werden. Eine neue Tafel sollte aber unbedingt, so fordert die VVN-BdA, für die gesamte Öffentlichkeit zugänglich angebracht werden und nicht nur innerhalb des Messegeländes sichtbar sein. **P.A.**

Hessens Neonazis sortieren sich neu

Gewalttätige »freie Kräfte« von NPD umworben

Nach dem desaströsen Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl sowie ihrem Einbruch durch den Weggang der Familie Zutt und dem Ausscheiden von Marcel Wöll versuchen sich die verschiedenen Fraktionen der Neonazis in Hessen neu zu sortieren.

Das Ergebnis zeigt sich an zunehmenden Aktivitäten der »freien Kräfte«, die nicht allein durch den gewalttätigen Überfall bei Treysa von sich reden machten. Anfang Oktober marschierten etwa 250 ihrer Anhänger (nicht nur aus Hessen) in Wetzlar auf. Der Anlass und das Motto war so willkürlich wie das Datum. Diesmal musste der Slogan »Todesstrafe für Kinderschänder« herhalten. Trotz organisatorischer Probleme (Ausfall der eigenen Lautsprecheranlage) und einer deutlichen Verzögerung durch die zeitweilige Blockade ihres Aufmarschweges sprachen die Neonazis später in einer Selbstdarstellung von einem »großartigen Erfolg«.

Die hessische NPD, die nicht in der Vorbereitung der Aktion eingebunden war, erklärte anschließend, dass auch 60 ihrer Mitglieder und der größte Teil des Landesvorstands anwesend gewesen seien. Offensichtlich bemüht sich die Partei um einen engen Schulterschluss mit den »freien Kräften«.

Um ihren Stellenwert in der rechten Szene zu erhöhen, kündigte die NPD Hessen daraufhin zum ersten Mal eine eigene Kundgebung in Osthessen, nämlich für den 8. November 2008 in Fulda an: »Endlich auferstehen aus den Ruinen – Deutschlands Zukunft liegt in unserer Hand!« Der vorgebliche Anlass ist der 19. Jahrestag der Grenzöffnung. Inhaltlich wird die ganze Bandbreite der nationalen und sozialen Demagogie eröffnet: Gegen die Verschwendung von Milliarden an Steuergeldern, Arbeit für alle Deutschen etc.

Ob jedoch Datum und Ort dazu angetan sind, Anhänger der »Freien Kräfte« aus Hessen zu mobilisieren, bleibt abzuwarten. Angekündigt werden nur etwa 150 Teilnehmende. Die starke Teilnahme des Thüringer NPD-Landesverbandes in Fulda gilt als unrealistisch, aufgrund seiner organisatorischen Probleme. Das gilt trotz der Ankündigung von Thorsten Heise, Mitglied des NPD-Parteivorstandes. Immerhin genießt er mit seinen zahlreichen Vorstrafen wegen schwerer Körperverletzung, Landfriedensbruch, Nötigung und Volksverhetzung sowie Verwen-

(Fortsetzung auf Seite 11)

Redaktion: Peter Altmann
Landesverband VVN-BdA-Hessen,
Eckenheimer Landstr. 93,
60318 Frankfurt,
Tel. und Fax: (069) 5970524.

Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!

Spendenkonto: VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Kto-Nr. 49330-602 BLZ 5001006

»Wählt Thälmann« stand auf der höchsten Brücke

Gedenkstele erinnert an mutige Antifaschisten

Am 13. März 1932 war Wahlkampf-Fieber. Die zweiten (und letzten) Wahlen eines Reichspräsidenten fanden statt. Mit der Einweihung einer Stele im Mylau wurde jetzt an jene Antifaschisten erinnert, die bereits vor Hitlers Machtübertragung gegen die Nazis kämpften. Damit hat die VVN-BdA Vogtland einen weißen Fleck der vogtländischen Geschichte getilgt.

Zur Wahl standen 1932 fünf Kandidaten: Paul von Hindenburg, der bisherige Reichspräsident, Adolf Hitler als Regierungsrat in der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin, der Transportarbeiter Ernst Thälmann, Vorsitzender der KPD, und Theodor Duesterberg von der Deutschnationalen Volkspartei. Die SPD hatte zugunsten Hindenburgs auf einen Kandidaten verzichtet. Zehn Monate später ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Acht Arbeiter aus dem vogtländischen Mylau erstiegen in der Nacht vor dem Wahltag die mit 50 Metern höchste Ziegelsteinbrück der Welt, die gut bewachte Göltzschtalbrücke, und brachten in mannshohen Lettern in einer Nacht- und Nebelaktion die Losung »Wählt Thälmann« an. Am Wahltag war die Aufregung groß. Ein Großaufgebot der Polizei fahndete nach den Tätern. Diese blieben vorerst unentdeckt. Ein Jahr später, als die Faschisten an der Macht waren, wurden sie in der Mylauer Turnhalle der Arbeitersportler gefangengehalten, furchtbar gequält und gefoltert. Keiner verriet die Namen weiterer Genossen.

Zum 125-jährigen Jubiläum der Erbauung der Göltzschtalbrücke im Jahre 1976 wurde am Sockel der Brücke eine bronzene Gedenktafel angebracht, die an die mutige Tat der acht Antifaschisten erinnerte. Diese Tafel verschwand jedoch in den Wirren der »Wende«. Mitglieder der Mylauer Ortsgruppe der Linkspartei regten im vergangenen Jahr an, diese Gedenktafel wieder zu errichten und wandten sich an den Kreisverband Vogtland der VVN-BdA, der den Vorschlag annahm, um eines der ersten weithin sichtbaren Zeichen antifaschistischen Widerstandes wiederherzustellen. Am 14. September 2008, dem Gedenktag für die Opfer des Faschismus, der zugleich der Tag des offenen Denkmals war, wurde an der Göltzschtalbrücke die Stele enthüllt, auf der diese Gedenktafel abgebildet ist.

Über hundert Vogtländer waren zur Enthüllung gekommen. Der Enkel eines der mutigen Männer, Andreas Dick, sprach zu den Versammelten, berichtete, was er von seinen Großeltern über die damaligen Vorgänge erfahren hatte. Die mutige Tat der Antifaschisten im Jahr 1932 gehöre unlöslich zur Geschichte der Brücke. Er, seine Familie und alle Anverwandten waren sichtbar gerührt und erfreut über die Wiederherstellung der öffentlichen Erinnerung.

Die Tochter eines der damals Beteiligten, Erika Thoß, enthüllte darauf die Gedenkstele, welche die allgemeine Anerkennung aller Anwesenden, auch der Bürgermeister der angrenzenden Städte Mylau und Netzschkau, fand.

Peter Giersich, der stellvertretende Kreisvorsitzende der VVN-BdA Vogtland, dankte mit herzlichen Worten allen an der Errichtung der Stele beteiligten. Ihre Finanzierung wurde durch den Kreisverband Vogtland der VVN-BdA, durch Spenden infolge eines Aufrufes in der linken Monatszeitschrift »Der Vogtlandbote« sowie durch eine Beihilfe der Stadt Mylau ermöglicht.

Unmittelbar nach der Einweihung fuhr ein Reisebus aus Lindau am Bodensee vor. Die Touristen bewunderten die Stele, und man hörte: »Schau, da hinauf sind's geklettert«. Sowie »Jo schau, das sind ja Hammer und Sichel, vielleicht Kommunisten?« Aber alle äußerten sich zustimmend, dass an jene erinnert wird, die sich schon früh der braunen Flut entgegen stellten.

Peter Giersich
Steffi Pölzl-Magirius

Redaktion: Peter Giersich
Tel. und Fax: (037 44) 808 83
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen
Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-Mail: sachsenantifa@t-online.de

Das vogtländische Mylau klärt über Nazis auf

»Die NPD ist verfassungsfeindlich«

Der Stadtrat von Mylau veranstaltete im September im Rathaus ein Seminar über Erscheinung, Struktur und Ziele der rechtsextremen Szene. Mittels umfangreicher Informationen und Erfahrungsberichten stellten Dozenten des Netzwerks »Sachsen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit« (NWS) e.V. die wahren politischen Ziele der NPD dar.

»Klar wurde herausgestellt, dass die NPD eine rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Partei ist«, stellte Bürgermeister Christoph Schneider (CDU) abschließend fest. Sie sei ein Feind der demokratischen Grundordnung. Alle Teilnehmer des Seminars sprachen sich dafür aus, dass die Informationsveranstaltung der Auftakt für weitere kommende und auch öffentliche Aufklärungsveranstaltungen gewesen sein soll.

Auch die anwesenden Stadträte aus den Fraktionen der SPD, der CDU/FDP, ein fraktionsloses Mitglied betonten, dass es das Ziel aller Demokraten sein muss, den Rechtsextremismus in allen seinen Erscheinungsformen durch das Zusammenwirken aller demokratischen Kräfte aus Mylau zu verdrängen.

P. M./C. Sch.

Trauer um Ernst Springer †

Der Antifaschist und Kommunist, Medizinalrat Prof. Dr. Ernst Springer erlag 86-jährig, am 23. August 2008, einer heimtückischen Krankheit, die ihn lange ans Bett gefesselt hatte.

Geboren im böhmischen Komotau studierte er in der DDR Medizin und wurde im September 1970 an der Karl-Marx-Universität zum Professor für Arbeitshygiene berufen. Sein Leben war intensiv und voller Kämpfe. Seine Frau, die Jüdin Rahel, die in Berlin-Bogensee im Mai 1990 den Bund der Antifaschisten mitbegründete und dann im Interessenverband der Verfolgten des Naziregimes Mitglied des Landesvorstandes Sachsen wurde, hat Ernst »mit ins Boot« genommen. Er unterstütze Rahel wo er konnte. Sein unermüdlicher Einsatz fand seinen Höhepunkt in der Gründung des Leipziger Bundes der Antifaschisten, dessen Vorsitzender er wurde und blieb, bis ihn sein körperliches Leiden so sehr behinderte, dass er seine Funktion Jüngeren übergeben musste.

Nazis sortieren sich neu

(Fortsetzung von Seite 10)

dung verfassungswidriger Symbole einen »guten Ruf« in der Szene.

Aus antifaschistischer Perspektive ist wichtig, dass wie in Wetzlar so auch in Fulda der antifaschistische Protest deutlich vernehmbar wird. In Wetzlar waren es gut 500 Antifaschist/innen, die den Aufmarsch der Neonazis behinderten. Auch in Fulda entwickelt sich gegenwärtig ein breites Bündnis, dem politische Gruppen, Gewerkschaften und Kirchen angehören. Der bisherige Versuch der Stadtverwaltung, die Aktionen möglichst »unter der Decke« zu halten, konnte bereits durchbrochen werden.

Bernd Kant

»Ihr Handeln ist bedeutender denn je!«

31. Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Bayern im Oktober in Dachau

»Ohne eure Solidarität wäre der Gräfenberger Widerstand nicht zu einem Symbol dafür geworden, dass eine von einem breiten Bündnis getragene antifaschistische Arbeit möglich ist, dass man die Neonazis mit kreativen, friedfertigen Aktionen entlarven kann, dass man Demokratie nicht nur als Regierungsform, sondern auch als Lebensform gestalten kann. In Gräfenberg und andernorts!«

Dieser Satz steht im Grußwort, mit dem das Bürgerforum Gräfenberg der Landeskonferenz der VVN-BdA Bayern im Jugendgästehaus Dachau einen guten Verlauf wünschte.

Einstimmig beschloss die Konferenz, »dass wir auch weiterhin mit allen unseren Kräften den zivilen und gewaltfreien Widerstand in



Gastreferentin Dr. Eva Hahn.

Gräfenberg mit allen unseren Kräften unterstützen«. Dies war die Quintessenz einer als »Solidaritäts- und Protesterklärung« verabschiedeten Resolution, die sich gegen das polizeiliche und staatsanwaltschaftliche Vorgehen gegen die Teilnehmer an einer Sitzblockade in Gräfenberg richtete. Über 50 der rund 300 daran Beteiligten erhielten Vorladungen wegen »Nötigung«, von einigen unter ihnen wurde verlangt, sich einer »Erkennungsdienstlichen Behandlung« zu unterziehen. Die Konferenz forderte von der zuständigen Staatsanwaltschaft Bamberg, »alle Ermittlungen nach § 170 StGB sofort einzustellen«.

Grußwort vom DGB: »Nazis überall unwillkommen«

Zahlreiche freundliche Grußworte waren der Konferenz zugegangen. Ein besonders inhaltsreiches hatte Fritz Schösser, der Vorsitzende des DGB Bayern, übermitteln lassen. Kritisch analysiert er darin soziale und politische Missstände und folgert: »Wir dürfen auf keinen Fall nachlassen, rechte Ideologien und menschenverachtende Weltbilder an den Pranger zu stellen. Nazis müssen spüren, dass sie nirgendwo willkommen sind. (…) Dazu gehört es auch, dass wir allen politischen Kräften entschieden entgegentreten, die die Arbeitslosigkeit, den Mangel an Ausbildungsplätzen und die Armut von Menschen dazu benutzen, um auf Kosten von Menschen anderer Herkunft, anderen Aussehens oder einer anderen Religionszugehörigkeit Stimmung für ihre Interessen zu machen.«

Der DGB-Landesvorsitzende fordert alle gesellschaftlichen Kräfte auf, »konsequent gegen Rassismus, Antisemitismus und alltägliche Diskriminierungen vorzugehen«. In diesen Auseinandersetzungen sei die »VVN-BdA untrennbarer Teil dieser gesellschaftlichen Bewegung. Ihre Arbeit seit nunmehr sechs Jahrzehnten ist Inbegriff für den Widerstand von Demokraten gegen rechtsextremistische und fremdenfeindliche Bestrebungen. Ihr Handeln ist bedeutender denn je.«

Ein inhaltlicher Höhepunkt der Konferenz waren das Gastreferat »Die 'Holocaustierung' des Flucht- und Vertreibungsdiskurses« von Dr. Eva Hahn, Oldenburg und die sich anschließende ausführliche Diskussion zu historischen Fakten und aktuellen Auseinandersetzungen. Und emotional besonders ergreifend war es, als Mano Höllenreiner, Cousin unseres Ingolstädter VVN-Kameraden Hugo Höllenreiner, die soeben als Buch erschienene Schilderung seiner Erlebnisse als Sintojunge im KZ und nach Todesmarsch und Befreiung im Nachkriegs-Frankreich und -Deutschland vorstellte.



Mano Höllenreiner und Martin Löwenberg leiteten die Diskussion.

Bilder: Antoni

Das erwähnte Buch »Mano. Der Junge, der nicht wusste, wo er war« von Anja Tuckermann kann für 17,80 Euro plus Versandkosten über das Büro der VVN-BdA Bayern bezogen werden.

Landesdelegiertenkonferenz: Anträge und Wahlen

Während Anträge zum Selbstverständnis unserer Organisation und zu Fragen der Bündnispolitik viel Stoff für kontroverse Diskussionen lieferten und das Bedürfnis deutlich wurde, hier grundsätzliche Debatten weiterzuführen und zu vertiefen (im Rahmen einer Landesmitgliederversammlung im Jahr 2009 zum Beispiel), gab es Einmütigkeit bei der Verabschiedung einer Entschließung, die sich an alle Abgeordneten und die Fraktionen des neu gewählten Landtags richtet (siehe »Erwartungen an eine neue Landespolitik« auf Seite 13 dieser *antifa*-Länderbeilage).

Von der Landesdelegiertenkonferenz wurden gewählt: **LandessprecherInnen:** Ernst Grube, München; Dr. Guido Hoyer, Freising; Friedbert Mühldorfer, München; Johanna Wittmann, Ingolstadt. – **Schriftführer:** Ernst Antoni, München. – **Kassiererin:** Gerlinde Mahler, München. – **RevisorInnen:** Norbert Flach, Amberg, Gerlinde Zollner, München. – **Beschwerdekommission:** Mariele Chochola, Landshut, Klaus Poweleit, Oberammergau – sowie 19 weitere Mitglieder des Landesvorstands, unter ihnen der KZ-Überlebende und Zeitzeuge Martin Löwenberg.

E. A.

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern
Frauenlobstr. 24, 80337 München
Tel.: (089) 531786
Fax: (089) 5389464
E-Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Bitte teilt uns Eure Adressen- oder Kontenänderungen mit!

Am Ort eines Massakers

Besuch bayerischer Kommunalpolitiker im griechischen Kalavrita

Den Sommerurlaub in Griechenland, nutzten die Stadträte Dagmar Henn (München), Holger Grünwedel (Würzburg) und VVN-BdA-Mitglied Janis Komjanis (Lohr am Main) zu einem Besuch in der Stadt Kalavrita.

Das Museum der Stadt Kalavrita auf dem griechischen Peloponnes gibt Zeugnis eines grausamen Verbrechens, welches im zweiten Weltkrieg von Einheiten der Wehrmacht verübt wurde. Im Dezember 1943 zerstörte die 117. Jägerdivision in einem Racheakt 28 Ortschaften und erschoss 696 Griechen. In der Stadt Kalavrita wurden am 13. Dezember 1943 alle Bewohner in der Grundschule zusammen getrieben. Die männlichen Einwohner über zwölf Jahren wurden anschließend auf einen Platz nahe der Ortschaft geführt und erschossen. Die übrig gebliebenen Frauen und Kinder wurden als Geiseln in der Grundschule eingepfercht. Dort mussten Sie mit ansehen, wie die umliegenden Häuser in Flammen aufgingen. Am Ende wurde auch die Schule angezündet und nur mit Mühe gelang es den Verbliebenen sich daraus zu befreien.



Die Reisegruppe vor dem Museum in Kalavrita: Xaphz Kakkkanac (Synaspismos), Dagmar Henn, Mario Simonovic, Holger Grünwedel, Janis Komjanis und Jana Foth-Janun. Bild: privat

Die Kommunalpolitiker, an ihren Heimatorten für die Linkspartei in die Parlamente gewählt, wurden durch das Museum in der ehemaligen Grundschule geführt. Beim anschließenden Empfang im Rathaus von Kalavrita durch den Vertreter des Bürgermeisters, Stadtrat Spiros Kaouris, schlugen Dagmar Henn und Holger Grünwedel eine künftige Zusammenarbeit zur Aufklärung und Völkerverständigung vor.

Aufklärung sei insbesondere im Hinblick auf die jährlich wiederkehrenden, die Wehrmacht verherrlichenden Treffen der Gebirgsjäger in Mittenwald notwendig. Es gäbe unter den Teilnehmern einen beschämenden Mangel an Unrechtsbewusstsein; die Unterstützung der Veranstaltung durch die Bundeswehr sei ebenfalls skandalös. Als Dolmetscher wirkte Janis Komjanis.

Im Gespräch mit dem Stellvertreter des Bürgermeisters wurde verabredet, dass man sich in Deutschland für einen Gegenbesuch des Bürgermeisters von Kalavrita einsetzen will. Bürgermeister Sypros Kaouris betonte, dass für die Stadt Kalavrita dabei die deutsch-griechische Freundschaft, der Geist von Völkerverständigung und guter Zusammenarbeit im Vordergrund stehen würden.

Holger Grünwedel

Spenden an die VVN-BdA Bayern

Wir freuen uns immer sehr über Spenden für die Arbeit unseres Landesverbandes.
Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Nr. 10532-807, Postbank München, BLZ 700 100 80.

Erwartungen an eine neue Landespolitik

Entschließung der Landeskonferenz der VVN-BdA Bayern

Die VVN-BdA Bayern als mitgliederstärkste Organisation ehemaliger NS-Verfolgter, ihrer Angehörigen und vieler Menschen, die sich für eine Welt des Friedens und der Freiheit engagieren, fordert von den Abgeordneten und den Fraktionen des Bayerischen Landtags und von einer neuen Regierung:

Dem Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus effektiv Paroli bieten

Neben vielfältigen notwendigen Maßnahmen auf dem administrativen, dem Bildungs- oder dem kulturellen Sektor gehört dazu auch der Einsatz auf Landes- und Bundesebene für die Wiederaufnahme eines Verbotsverfahrens gegen die NSDAP-Nachfolgepartei NPD.

Unverzichtbar in diesem Zusammenhang sind außerdem eine humanere Asyl- und Flüchtlingspolitik, die Abschaffung der Lagerpflicht für Flüchtlinge und die Förderung von Initiativen, die sich gegen Neofaschismus und Rassismus, für Toleranz und ein friedliches Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Hautfarbe, Religion oder Weltanschauung engagieren.

Bewahrung und Schutz der Grund- und Freiheitsrechte

Im kurz vor der Landtagswahl verabschiedeten Bayerischen Versammlungsgesetz wurden diese Rechte zum Teil abgeschafft oder massiv eingeschränkt. Die VVN-BdA verwahrt sich gegen die damals vorgeschobene These, dies würde Neonazi-Provokationen verhindern helfen und unterstützt die von Parteien und Organisationen angestrengte Verfassungsklage gegen das Gesetz. Von Landtag und Regierung fordern wir die Rücknahme des Gesetzes.

Grund- und Freiheitsrechte auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit wurden nach den Erfahrungen mit der NS-Herrschaft bewusst in Länderverfassungen und Grundgesetz aufgenommen.

(Fortsetzung auf Seite 14)

Wir gratulieren ...

... natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen der *antifa* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

November: Anni Schwalme, Neustadt, 96 Jahre; Wolfgang Kummer, München, 81 Jahre; Franz Oberlechner, Laufen, 75 Jahre; Jürgen Berghoff, Alerheim, 70 Jahre; Marianne Walther, München, 60 Jahre; Wolfgang Hauf, Nürnberg, 60 Jahre; Thomas Schröter, Ingolstadt, 60 Jahre.

Dezember: Adam Renner, Bamberg, 88 Jahre; Irmgard Göhring, Nürnberg, 87 Jahre; Franz Prockl, München, 86 Jahre; Bruno Köhler, Schweinfurt, 83 Jahre; Eva Rössner, Nürnberg, 82 Jahre; Emilie Vogt, Regensburg, 80 Jahre; Helga Schunke, München, 70 Jahre.

BAYERN

Erwartungen an neue Landespolitik

(Fortsetzung von Seite 13)

Sie müssen geschützt und ausgebaut werden. Der Konsens der Väter und Mütter dieser Verfassungen, dass Nachfolgeorganisationen des NS-Terrorsystems den Anspruch auf solche Rechte ein für allemal verwirkt haben, gilt allerdings nach wie vor und sollte endlich politisches und juristisches Allgemeingut werden.

Würdiges Gedenken an die Opfer des NS-Regimes und Aufklärung der Jugend

Das bedeutet: Ausbau und großzügige materielle und personelle Ausstattung von Gedenkstätten und -orten, die an das NS-Regime, dessen Entstehen und seinen Niedergang, an Ursachen und bis heute weiterwirkende Folgen erinnern. Vor allem an die Opfer muss erinnert werden – und auch an den Widerstand, den es gegen dieses Regime gab. Dies sind Grundvoraussetzungen für eine in die Zukunft weisende Erinnerungspolitik.

Dazu gehören außerdem pädagogische und wissenschaftliche Maßnahmen und die Unterstützung und Förderung der Arbeit mit den Zeugnissen überlebender Opfer. Voraussetzung sind Lehrpläne, die diese Fragen in allen Zweigen und Jahrgangsstufen ausführlich berücksichtigen und behandeln. Die VVN-BdA wendet sich deshalb entschieden gegen alle Absichten, den Anteil der Zeitgeschichte und hier besonders die Befassung mit dem Nationalsozialismus und seinen Folgen im Gymnasialunterricht zu kürzen.

Schluss mit der Diskriminierung der VVN-BdA

Bayern ist neben Baden-Württemberg das letzte Bundesland, das die VVN-BdA – 1947 als erste überregionale Organisation ehemaliger Verfolgter des NS-Regimes gegründet – geheimdienstlich überwachen lässt und sie in den jährlichen Verfassungsschutzberichten als »linksextremistisch« auflistet. Von diesem Relikt des »Kalten Krieges« muss endlich Abstand genommen werden. Auch dies erwarten wir von der neuen Staatsregierung!

NORDRHEIN-WESTFALEN

Politische Häftlinge trafen sich

»Unrecht wiedergutmachen – Überwachungsstaat verhindern«

Anlässlich eines von der VVN-BdA mitveranstalteten Treffens ehemaliger Opfer des FDJ- und KPD-Verbots im Kalten Krieg am 25. Oktober in Dortmund schickte Ulla Jelpke MdB (Die Linke) das folgende Grußwort:



Karl Stiffel, Ulrich Sander und Gerd Deumlich leiteten das Treffen der Opfer des Kalten Krieges. Bild: Vogler

Ich unterstütze eure Forderungen nach Rehabilitierung, nach Entschädigung für Haft und Verfolgung und vollen Rentenzahlungen. Das von der Adenauer-Administration begangene Unrecht an Kommunist/innen, aber auch an vielen jungen Menschen, denen einfach die Erhaltung des Friedens am Herzen lag, muss aufgearbeitet werden.

Dies ist nicht nur notwendig, damit euch endlich Gerechtigkeit widerfährt. Es geht auch darum, aufzuzeigen, wie bereits kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland der Rechtsstaat massiv demontiert und verstümmelt wurde. Damals wurden mit dem Verbot von KPD und FDJ die Wurzeln für die weitere politische Verfolgung von Linken bis heute gelegt.

Der in den 50er Jahren massiv gegen Kommunistinnen und Kommunisten eingesetzte Paragraph 129 Strafgesetzbuch »Bildung einer kriminellen Vereinigung« hieß unter den Nazis noch »Bildung einer staatsfeindlichen Vereinigung«. Der Adenauerstaat war nicht einmal mehr bereit, seinen Opfern eine politische Motivation zuzugestehen. Kommunistische Überzeugung und kommunistisches Engagement wurden schlicht als »kriminell« bezeichnet.

Der Paragraph 129 wurde noch um die Paragraphen 129a »terroristische Vereinigung« und 129b »terroristische Vereinigung im Ausland« ergänzt. Bis heute werden diese Paragraphen gegen Linke, gegen Kriegsgegner, gegen Globalisierungskritiker und gegen Freiheitskämpfer aus der Türkei eingesetzt. Verfolgt wird vor allem eine politische Überzeugung. Und in der nächsten Zeit will die Bundesregierung dieses Staatsschutzrecht weiter verschärfen und der Willkür bei der Verfolgung, Ausspitzelung und Einschüchterung oppositioneller Menschen und Bewegung abermals Tür und Tor öffnen.

Es geht also nicht nur um die Rehabilitierung der vergessenen Opfer des Kalten Krieges. Es geht auch darum, heute gegen den weiteren Aufbau eines Überwachungsstaates zu protestieren und für die Abschaffung der so genannten Terrorparagraphen einzutreten. Und es geht natürlich darum, weiterhin den heute wieder erwachenden Antikommunismus auch als Grundtorheit des 21. Jahrhunderts zu brandmarken.

Ulla Jelpke

Über 1000 Jugendliche beim Festival »Schlauer statt Rechts«

DGB-Jugend Nordrhein-Westfalen

Jugendliche sind Zielgruppe Nummer eins von »Kameradschaften«, rechten Parteien und anderen rassistischen Gruppen. Mit der Kampagne »schlauer statt rechts« und einem Festival am 25. Oktober wollten die Jugendverbände dem nun entgegenwirken.

»Wir setzen auf die direkte Auseinandersetzung mit jungen Leuten in ihrem Alltag«, sagte Antonia Kühn, Vorsitzende der DGB-Jugend NRW, zur Eröffnung des Festivals in der Düsseldorfer Philipshalle.

Fünf Bands sind an den Start gegangen, um die Kampagne zu unterstützen. Ihre Botschaft: Rechtsradikalismus ist kein Nischenphänomen, sondern ein ernst zu nehmendes Problem. Dagegen rüsten sich an diesem Abend Musiker der unterschiedlichsten Gattungen.

»Boundzound« wandeln mit ihrem Reggae auf den Spuren von »Seeed«, »Die Happy« richten sich vor allem an Fans härterer Gitarrensounds, die »Microphone Mafia« steuert treibenden HipHop bei. Durchs Programm führten die beiden ZDF-Moderatoren Stephanie Schmidt und Frank Gollenbeck.

Weit über 1000 Jugendliche aus dem ganzen Land feuerten ihre Bands an und setzten ein deutliches Zeichen gegen Faschismus und Rassismus. Viele verschiedene Jugendverbände waren neben der DGB-Gewerkschaftsjugend mit Ständen vertreten. Vor Ort waren die Falken, die Naturfreundejugend, die SDAJ, das Landesjugendwerk der AWO und viele weitere.

Am Stand der VVN-BdA informierten sich viele Jugendliche und nahmen die Gelegenheit wahr, die Ausstellung zum Neofaschismus anzuschauen.

Unabhängig von sonstigen Differenzen war man sich einig, dass es kein Durchkommen des braunen Spuk geben darf. Deshalb wird die Kampagne »schlauer statt rechts« mit vielen Veranstaltungen weitergeführt.

Falk

Infos über www.schlauer-statt-rechts.de

»pro Köln« kam nicht durch

Gemeinsames Handeln verhinderte europäisches Rassistentreffen

Die friedliche und gewaltlose Verhinderung des von der extrem rechten und rassistischen Partei Pro Köln und ihren braunen politischen Freunden aus dem In- und Ausland organisierten und großmäulig als europäischer »Antiislamisierungskongress« bezeichneten Treffens durch ein breites antifaschistisches Bündnis war ein großer Erfolg für alle Demokratinnen und Demokraten weit über Köln und das Rheinland hinaus. Auch die Föderation des Internationalen Widerstandes (FIR) und die VVN-BdA hatten großen Anteil an dem Erfolg.

Die VVN-BdA Köln erklärte dazu: Entscheidend für diesen Sieg ist die Tatsache, dass es gelungen ist, weit vor dem 20.9. ein Klima der Ablehnung der rechten Zusammenrottung zu erzeugen, dass weit in die politische Mitte reichte. Dieses Klima gegen rechts, dem sich in den Wochen vor dem geplanten Kongress weder die Lokalpresse noch Oberbürgermeister Fritz Schramma (CDU) verschließen konnte, bewegte Zehntausende von Menschen dazu, sich den Rassisten in den Weg zu stellen.

Sie wählten dabei Aktionsformen, die ihren jeweils eigenen Vorstellungen entsprachen, aber alle das Ziel hatten, das Treffen der europäischen Rechten unmöglich zu machen. Dazu zählte die gemeinsame Blockade des Veranstaltungsortes durch ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen ebenso wie die Kundgebung und Demonstration unter dem Motto »Wir stellen uns quer!« und das Konzert Kölner Musikerinnen und Musiker.

All diese Aktionen, die unterschiedliche Formen aber ein gemeinsames Ziel hatten, und an denen sich Zehntausende beteiligten, sorgten dafür, dass es der Kölner Polizei nicht möglich war, den Rechten den Weg bahnen – sie musste die geplante Kundgebung auf dem Heumarkt verbieten.

Einen Schatten auf den gemeinsamen Erfolg wirft allerdings das Verhalten der Polizei nach dem Verbot der Kundgebung. Während sie sich im Lauf des Tages von einigen unnötigen Provokationen abgesehen, weitgehend zurückhielt, kesselte sie nach Auflösung der Blockaden unter dem Vorwand, es sei zu Ausschreitungen gekommen, mehrere hundert Demonstrantinnen und Demonstranten ein, um sie zu einer Gefangenensammelstelle mehrere Kilometer außerhalb Kölns zu transportieren. Unter den Festgenommenen befanden sich auch Kinder und Jugendliche. Nach übereinstimmenden Aussagen von Menschen, die festgenommen wurden, und Anwälten waren die Bedingungen in der Gefangenensammelstelle Brühl menschenunwürdig. Wir protestieren gegen die Massenfestnahmen und verlangen eine Überprüfung der Vorfälle und gegebenenfalls rechtliche Konsequenzen gegen die Verantwortlichen.

Insgesamt hat der Verlauf der antifaschistischen Aktivitäten und ihr Erfolg gezeigt, dass bei einem breiten Widerstand, der bei allen unterschiedlichen Formen einig im Ziel ist, die Rechten aufzuhalten sind. Wir danken deshalb allen Beteiligten und fordern sie auf, auch weiterhin wachsam zu bleiben. Pro Köln kündigt bereits heute an, den Rassistenkongress, der am 20.9. verhindert werden konnte, wiederholen zu wollen. Sollen sie's versuchen – gemeinsam werden wir diese Pläne so oft verhindern wie nötig!

Peter Trinogga

VVN-BdA-Seminar zur Spurensuche

Ein Geschichtsseminar zur Rallye der VVN-BdA NRW »Spurensuche Verbrechen der Wirtschaft« findet am 13. und 14. Dezember im Naturfreundehaus »Ruhrtalhaus« in Mülheim statt.

Dazu wird ein Flyer für alle Kreise und Interessierten zur Einladung herausgegeben und versandt. Das Seminar beschäftigt sich sowohl mit der Konzeption eines Buches, einer Ausstellung aber auch mit der aktionsorientierten Umsetzung vor Ort. Informationen beim Landesbüro (02 02) 45 06 29 und www.nrw.vvn-bda.de und vvn-bdanrw@freenet.de

Zum ARD-Tatort »Brandmal«

Absetzung des Stückes gefordert

Die Kreisvereinigung Wuppertal der VVN-BdA hat sich in einer Erklärung der Forderung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma angeschlossen, den ARD-Tatort »Brandmal« nicht auszustrahlen.

Der Zentralrat hatte Einsicht in das Drehbuch des WDR und befürchtete, dass sich dieser Tatort weit verbreiteter Klischees über die Sinti und Roma bedient und diese verfestigt. Die Wuppertaler VVN-BdA: »Der Film transportiert tatsächlich eine ganze Reihe diffamierender Ressentiments; natürlich wurden diese nicht offensiv präsentiert, sondern nebenbei in die Handlung eingebaut.« Romani Rose nannte als ein Beispiel eine Szene, in der sich ein klauende Roma-Mädchen dem Kommissar zur Hochzeit anbietet. Sein Fazit nach Ausstrahlung des Tatort lautet: »Dieser Film tut uns weh. Zigeuner stehlen - das bleibt beim Zuschauer hängen.«

Die Erklärung der Kreisvereinigung sollte eine Solidaritätsadresse zur Unterstützung eines festen Bündnispartners darstellen. Romani Rose, der auf der 3. VVN-BdA-Bundesdelegiertenkonferenz im Mai bewegend gesprochen hat, stellte dort die gemeinsamen Ziele – eine Welt ohne Rassismus und Faschismus – heraus. Um einer Diffamierung durch das öffentlich-rechtlichen Fernsehens entgegenzutreten, hat sich die Kreisvereinigung kurzfristig zur Verbreitung der Erklärung entschlossen.

Sebastian Schröder

Bochum mit neuem Mahnmal

Erinnerung an ermordete Zwangsarbeiter

Am Haupteingang des Bochumer Stadtparks erinnert seit einigen Tagen eine Gedenktafel an die Ermordung von politischen Häftlingen und Zwangsarbeitern wenige Tage vor dem Ende von Krieg und der Naziherrschaft 1945.

Die Gestapo, die damals ihren Sitz in einer beschlagnahmten Villa auf der Bergstraße 76 hatte, erschoss allein hier, wenige Stunden vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen, 20 Menschen und verscharrte diese in Bombentrichtern. Nach der Befreiung von Faschismus und Krieg im Mai 1945 wurden die Leichen ausgegraben und auf dem Friedhof am Freigrafendamm beerdigt. Die VVN-Bund der Antifaschisten erinnerte vor zwei Jahren an dieses dunkle und fast vergessene Kapitel Bochumer Stadtgeschichte und hatte einen »Anregung gemäß Paragraf 24 der Gemeindeordnung NRW« an Oberbürgermeisterin Dr. Ottilie Scholz gerichtet.

Die jetzt aufgestellte Gedenktafel für die Häftlinge und Zwangsarbeiter wurde durch Spendengelder – auch durch Spenden der VVN-BdA – finanziert, von einem namhaften Bochumer Handwerksbetrieb erstellt und von der Stadt Bochum aufgestellt.

P. M.

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW,
Gathe 55, 42107 Wuppertal,
Tel.: (02 02) 45 06 29
Unser Spendenkonto: Pbk Essen,
Konto 28 212-435, BLZ 360 100 43

Gedenken an Pogromnacht in Aachen

Nazis planen Provokation am Tag des 1938er Pogroms

Seit Wochen plant ein breites Bündnis Aachener Gruppen, Organisationen und Parteien – wie in den letzten Jahren – das Gedenken an die Opfer der antijüdischen Pogrome im November 1938. Die Veranstaltungen stehen unter dem Motto »Aus der Geschichte lernen – Für eine Zukunft ohne Rassismus, Faschismus und Krieg«. Der Vorbereitungskreis teilte nun mit: »Mit Entsetzen haben wir die Ankündigung von Neonazis vernommen, am Vortag des Gedenkens die Geschichte umzudrehen und zu verfälschen.«

Die Nazis wollen am 70. Jahrestag der Reichspogromnacht »der deutschen Opfer« gedenken. Angesichts des millionenfachen Mordes an den europäischen Jüdinnen und Juden ausgerechnet an diesem Jahrestag des Brandes der Synagogen von »deutschen Opfern statt von deutschen Tätern« zu reden, sei eine Provokation, »die wir nicht hinnehmen wollen«, erklärte Vorbereitungskreissprecher Kurt Heiler. »Im Sprachgebrauch der Neonazis werden zudem die Juden erneut als Nicht-Deutsche ausgesondert.«

Die Naziprovokation war bei Redaktionsschluss dieser Antifa noch verboten. Kurt Heiler: »Wir begrüßen das bislang gültige Verbot des Neonazi-Aufmarschs durch den Polizeipräsidenten.« Alle Bürgerinnen und Bürger der Region Aachen wurden aufgerufen, sich den zahlreichen Kundgebungen gegen Neonazismus am 8. November anzuschließen. »Es darf für Neonazis und ihre Geschichtsfälschungen keinen Platz in Aachen und anderswo geben.« Aufgerufen wird gleichzeitig dazu, Solidarität mit den jüdischen Opfern und ihren Hinterbliebenen zu zeigen und die vielfältigen Veranstaltungen am Sonntag, dem 9. November zu besuchen.

Gezeigt werden soll, warum Erinnern heute noch wichtig ist. Der Politologe Richard Gebhardt vom Institut für Politische Wissenschaften an der RWTH Aachen wird daher zur Zukunft des Erinnerns sprechen. Ein weiterer Beitrag soll sich aus der Sicht der Lehrer mit den Herausforderungen der Pädagogik durch zunehmenden Rechtsextremismus beschäftigen. Für das Netzwerk Aachener Schulen gegen Gewalt und Rassismus spricht Matthias Fischer. Die Veranstaltung wird abgeschlossen durch das jüdische Totengebet.

Für Rückfragen an den Vorbereitungskreis: i.A. Kurt Heiler, VVN-Bund der Antifaschisten, Tel. (02 41) 50 34 29, E-Mail: kurt.heiler@gmx.de.



Der Landesausschuss der VVN-BdA tagte im September in der Gedenkstätte der VVN-BdA Duisburg. Die Stadt Duisburg hat die Räume gestellt, die VVN-BdA die Ausstellung gestaltet. Bild: Vogler

Hommage an den Kollaborateur Johannes Heesters

Das Theatermuseum Düsseldorf ehrt Nazi-Nutznießer

Johannes Heesters (104) ganz große Zeit waren die 30ger und 40ger Jahre. Er profitierte von der Rassenpolitik der Nazis. Er war Werkzeug der Ablenkungsstrategie. Das stellte die VVN-BdA Düsseldorf aus Anlass der Eröffnung der Düsseldorfer Heesters-Schau »Johannes Heesters – Auf den Spuren eines Phänomens« im Theatermuseum Düsseldorf fest.

Begünstigt wurde Heesters Bilderbuchkarriere im faschistischen Deutschland u. a. durch den Umstand, dass viele der damaligen großen Operettentenöre wie Richard Tauber, Joseph Schmidt u. a. bereits verfolgt und aus Deutschland vertrieben wurden oder in den KZs verschwunden waren. Diese Lücke füllte Heesters ohne Skrupel, und er machte seine Sache gut.

Er leistete seinen Beitrag in der von Goebbels bereits früh erkannten Strategie, dass »auch die Unterhaltung staatspolitisch von besonderem Wert ist«. In einem Brief an Goebbels schrieb Heesters' am 2. Dezember 1942: »Ich kann alle meine Kräfte dort einsetzen, wo ich den meisten Menschen Freude und Entspannung bereiten kann.« Er verabredete eine Rücksprache bei Goebbels.

1938 spielte Heesters in der »Lustigen Witwe« in Anwesenheit von Hitler und Gefolge, der ihn nach der Vorstellung mit Komplimenten überhäufte. Solche Gunstbezeugungen gab es nicht zum Nulltarif. Heesters absolvierte zahlreiche Auftritte für NS-Zwecke, trat in Wunschkonzerten für die Wehrmacht auf, sang in Lazaretten, sammelte für das Winterhilfswerk Hitlers, machte Truppenbetreuung und gab Sonderkonzerte für die SS-Leibstandarte Adolf Hitler. Das änderte sich auch nicht, als die Nazis seine Heimat Holland überfielen und Hunderttausende seiner Landsleute in die KZs deportierten und ermordeten.

Seinen Auftritt zusammen mit dem Ensemble des Münchner Gärtnerplatz Theaters im KZ Dachau mit Sondereinlage für die SS-Wachmannschaft stritt Heesters nach dem Krieg so lange ab, bis ihm durch Zeitzeugen und nach Auftauchen eines Albums des KZ-Kommandanten das Gegenteil bewiesen werden konnte. Er klagt nun vor dem Landgericht Berlin auf Widerruf von Veröffentlichungen, die ihm diesen Auftritt vorhalten.

Häftlinge berichten, dass er die SS mit einem »frohen und heiteren Nachmittag« erfreut habe. Der Berliner Kabaretthistoriker Volker Kühn hat verschiedene dieser Zeugenaussagen veröffentlicht. Z.B. hat der ehemalige Dachau-Häftling und spätere Wiener Kultursenator Viktor Matejka in einem TV-Interview erklärt, er habe damals im KZ für Heesters den Vorhang gezogen.

Dem Theatermuseum wäre statt dieser fragwürdigen Hommage anzuraten gewesen, den zahllosen aufrechten Künstlerinnen und Künstlern ein Denkmal zu setzen, die ein Opfer des Systems wurden, welches Heesters kompromisslos unterstützte.

Jürgen Schuh